

über 5000 Mk. heraus.
höhere Rittersgutsbesitzer.
Weise um 3000 Mark
irde jedoch festgestellt —
D. in einer rheinischen
3 Verjährung eingetreten
gegen der beiden anderen
handlung wurde übrigens
dem Gelde, das die Un-
desmal 500 Mk. für sich
sich damit, daß sie die
ge gehalten habe und die
Kinder verlegt geblieben
uges und Expression auf
Wochen durch die Unter-
S. & H.

jaft. Auch das Gastwirt-
Schweineereien. Kürzlich
Wedding mit einer sol-
entlichen Vergehens gegen
stwert Ernst Zietlow und
roßen Sommerlokal in
schlich von Berliner Aus-
bildliche Zeugnis mehrerer
festgestellt, der auch zum
itten wurde. Die sämt-
mit schmutzigem Gabel-
n direkt aus dem Flusse
schleiten, wie tote Fische,
n mit der Hand aus dem
Wasserschöpfen beruhten
fgewicht; auch fanden sie
Am Morgen wurden
ern in die Eimer entleert,
er aus der Gabel geholt
blischen Kessel wurde von
e besonders stark verun-
demselben Kessel wurde
daß er vorher irgendwie
sch wurde in dem Kessel
licht, welches dann von
muhle. Noch schlimmer
umgegangen. Die Bröt-
holzjaß untergebracht,
in den erlöst hatte. Zwischen
a Mäuse mit ihrer Nach-
schlast beschmutzt wurden.
die Angeklagten auf den
anzusehen, der nun zwi-
biß er auch dem letzten
Der Einfachheit halber
kippt, wobei die Bröchen
tauberen Fußboden roll-
den Gärten vorgelegt. In
h Milch verkauft, welche
mupften. In der Milch
auseinander. Die Frau B.
roß, sie sich die toten
Beife, "veredelte" Geträuf
weigerten, die Milch zu
n mit den Worten: "Für
er in den Topf zurück-
okal der Angeklagten, die
mit dem treffensten Wort
wahrte über zwei Jahre.
Chefrau auf 3 Monate
gegen den Chemann auf
strafe. Am dem Drei-
allemal ein Ende zu be-
auf Publikation des ge-
n in einer großen Ver-
blatt für Niederbarnim"
unter anderem führte der
aus: Die Angeklagten
eute sind und noch reich-
ortes vollster Bedeutung
wie die Beweisaufnahme
sei ein mehr als schmutzi-
ine derartige Handlungs-
gemeinen Betrügers oder

hes.

ur die Interessen der Ar-
al (Singer), ist uns so-
angen. Aus dem Inhalt
Der Mutterschub in der
sicherungsordnung. Von
beiter in der Reichstags-
doner Kongreß des Welt-
gerung der Frauenarbeit
nd. Von Herrn Wendel.
ffen Deutschlands. Von
Dem Kämpfer gegen den
Agitation. — Politische
stliche Rundschau. — Ge-
1. — Notizen: Dienst-
bietet der Industrie, des
auenbewegung.

auffragen: Sturm.
— Die Entschung der
— Erneuertheit. Von
an Nidepjin. — Hygiene.
Von Morris Rosenfeld.
Wagol. (Schluß). — Eine
ultatuli.

ideslehre. Von Robert
ums Recht. Von Emma
ain. I. Würzburg. Von
riedr. Hebel. (Gedicht).
ben. Aus dem Tschedi-
— Das Liebespaar. Ein-
lied. Von Franz Wabing.

Paul Singer) ist soeben
ienen. Aus dem Inhalt
der anderen Seite her. —
on R. Kautsky. — Zur
berfassung in den rhein-
n. Von Hermann Kem-
ahlen in Dönermarkt. Von
alienischen Kongreß über
g (Rom). — Der Groß-
Wiedhaltung und Vieh-
ge Zahlen zur Charakte-
ds. — Zeitstriftenchau.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich exklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonntags und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die lippsischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 135.

Bielefeld, Montag, 14. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die Maisfeier.

I.
Die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, welche in Hamburg tagte, hatte sich auch mit der Frage der Maisfeier zu beschäftigen, und es gehörte ihr der Ruhm, ausgesprochen zu haben „das, was ist“. Unsere Leser wissen, daß nach einem Referat Reichels die Angelegenheit einer Kommission überwiesen wurde und daß es Severing war, welcher den Bericht der Kommission gab. Es war vorauszusetzen, daß der im Anschluß hieran mit der großen Mehrheit von 129 gegen 51 Stimmen gefasste Beschluß, der tatsächlich einen vollständigen Bruch mit der bisherigen Tradition bedeutet, eine allgemeine Polemik hervorgerufen würde. Dies ist nun auch eingetroffen. Bisher liegen Artikel von der „Frankfurter Volksstimme“ und dem „Vorwärts“ vor. Wir beabsichtigen, unsere Leser zunächst mit Severings Rede, dann mit den gegnerischen Artikeln bekannt zu machen und zum Schluß unsere Antwort darauf zu bringen.

In nachstehendem lassen wir die Ausführungen Severings nach der stenographischen Niederschrift folgen:
Berichterstatter Severing-Bielefeld: Die Kommission ist der Meinung, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband als die größte gewerkschaftliche Organisation die Verpflichtung hat, nach Möglichkeit den Zankapfel, der durch den Streit um die Form der Maisfeier allmählich innerhalb der deutschen Arbeiter-schaft entstanden ist, zu beseitigen, sie ist der Meinung, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung — ich darf wohl dies ominöse Wort noch einmal gebrauchen — der Ruhe bedarf, nicht der Ruhe der Untätigkeit, sondern der Ruhe zur Verständigung mit der anderen großen Heersäule der organisierten Arbeiterschaft, mit der sozialdemokratischen Partei. Wir müssen es ablehnen, um deswillen, weil wir diese Stellung einnehmen, als Revisionisten verschrien zu werden. Der Streit um die Form der Maisfeier hat mit Revisionismus und Radikalismus rein gar nichts zu tun. (Sehr richtig!) Ich kann keinen besseren Beweis für die Behauptung anführen, als die Tatsache, daß einige unserer besten Parteigenossen, ich nenne nur Timm und v. Elm, die doch als Revisionisten verschrien sind, auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß sich mit aller Lebendigkeit gegen eine Aenderung der Form der Maisfeier, begangen durch die Arbeitsruhe, erklärt haben, und Richard Fischer, dem seit einer Reihe von Jahren immer die Aufgabe zufällt, auf den sozialdemokratischen Parteitag die Stellung der Partei zur Maisfeier zu begründen, lehnt es auch ab, zu den Radikalen gerechnet zu werden. Wir haben keinen Anlaß, uns durch solche Schlagworte irritieren zu lassen, sondern wir haben einfach zu unter-suchen, ob für die Gewerkschaften etwas herausspringt, wenn wir weiter als Form der Maisfeier die Arbeitsruhe propa-gieren. In den Resolutionen der internationalen Kongresse und der deutschen Parteitage heißt es, daß die Maisfeier nur dort durch Arbeitsruhe begangen werden soll, wo sich das ohne wirtschaftliche Schädigung der Interessen der Arbeiter durch-führen läßt. Die Gewerkschaften haben erkannt, daß sich die Arbeitsruhe ohne Interessenschädigung der Arbeiter nicht durch-führen läßt und haben deshalb die Konsequenzen zu ziehen. Man könnte die Sache ja so diplomatisch erledigen, wie Döblin auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß empfohlen hat, als er sagte: „Es liegt ja in den Resolutionen, die Arbeitsruhe soll nur dort durchgeführt werden, wo es ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen möglich ist; bei uns ist das nicht der Fall, ergo feiern wir nicht!“ Ich glaube, eine derartige Stellungnahme ist einer großen Organisation wie der unsrigen, die bestrebt ist und bestrebt sein muß, mit allen Zweigen der Arbeiterbewegung in Frieden zu leben, nicht würdig. Wenn wir so die Form der Arbeitsruhe langsam verblutet lassen und so lange warten, bis sie langsam verblutet ist, dann be-halten wir auf Jahre hinaus noch diesen Zankapfel, und wir haben doch alle das dringende Bedürfnis, alle Reibungs-möglichkeiten zu beseitigen.

Man hat von dem agitatorischen Charakter der Demonstration gesprochen. Aber tatsächlich kann doch, wie die Ziffern über die Zahl der Feiernden beweisen, von einer Demonstration in der Metallindustrie nicht die Rede sein. Ich bestreite nicht, daß in den ersten Jahren die Maisfeier einen gewissen demon-strativen Einfluß ausgeübt hat, nicht nur auf die Arbeiterschaft, in die Ideale hineingetragen wurden, sondern auch auf die Unternehmer hat sie eine heilsame Wirkung zunächst ausgelöst. Ich glaube, daß die Arbeitsruheverklärung, die anfangs der neun-ziger Jahre in zahlreichen Industriezweigen Deutschlands ein-getreten ist, nicht zuletzt die Folge der Propaganda der Ar-beitsruhe gewesen ist. Aber nicht minder richtig ist es, daß eine Demonstration, die in jedem Jahre an demselben Tage wiederkehrt, die noch heute dieselben Formen hat wie 1890, nicht mehr den Eindruck bei den Unternehmern und den Be-hörden hinterläßt, um sie zu KonzeSSIONen an die Arbeiter zu zwingen. Wäre die Demonstration etwas, was sich fortsetzen und steigern könnte, so könnte man noch von einem demon-strativen Charakter reden, aber was sich steigern läßt, das ist höchstens die Teilnehmerzahl, und daß diese sich nicht wesentlich gesteigert hat, werden alle Kollegen, die die Vorgänge objektiv beobachtet haben, zugeben müssen. Die Demonstration für Verkürzung der Arbeitszeit, für den Arbeiterschutz und für den Völkerrfrieden wollen wir nicht beseitigen, aber dazu brauchen wir nicht die Form der Arbeitsruhe, das können wir durch Veranstaltungen am Abend des 1. Mai oder eventuell auch am ersten Sonntag im Mai zum Ausdruck bringen.

Man hat ferner gesagt, die Maisfeier ist auch ein Kampf-mittel, wir brauchen uns doch nicht die Ausperrungen der Unternehmer gefallen zu lassen, sondern können den Fehde-schub aufnehmen und unsere Forderungen durchzusetzen suchen. Ein Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse lehrt uns,

daß das nicht möglich ist. Ich bin ja selbst der Ansicht ge-
wesen, und in den Annalen des Verbandes werden Sie ja
auch finden, daß ein Antrag, Ausperrungen der Unternehmer
mit Forderungen der Arbeiter zu beantworten, meinen Namen
trägt. (Zuruf: Wann?) Es ist noch nicht lange her, es war
1905 auf der Leipziger Generalversammlung. Ich gebe zu,
ich bin aus einem Saulus zum Paulus geworden, ich habe mich
gemausert, ich halte das aber für keine Schande. (Sehr richtig!)
Wenn man der Meinung ist, daß man das, was man einmal
als richtig erkannt hat, auch unter veränderten Umständen aus-
recht erhalten muß, als aller Weisheit letzter Schluß — ich
glaube, dann ist man kein einsichtiger, sondern ein juchzbar
verrannter Kerl. (Sehr richtig!) Das möchte ich nicht sein,
ich möchte mich lieber zehnmal mausern als ein dummer Kerl
sein. (Weiterkeit.) Damit will ich natürlich nicht sagen, daß
diejenigen, die anderer Meinung sind, unter allen Umständen
dumme Kerle sind, die können sich ja später mausern. (Große
Weiterkeit.) Angesichts der Stärke und der Ausdehnung der
Unternehmerverbände wird über jede unserer Forderungen ein
Prinzipienkampf entbrennen, der die Formen annehmen wird,
über die wir uns in den ersten Tagen der Generalversamm-
lung unterhalten haben. Das sind Prinzipienkämpfe, die nicht
lokalisiert bleiben, die nicht ausgefodert werden in Dresden,
Stettin, Mannheim, Berlin, sondern die ausgefodert werden
zwischen dem einzigen Unternehmertum Deutschlands und der
Arbeiterschaft. Ich würde natürlich auch solchen Kämpfen nicht
aus dem Wege gehen, wenn irgendwelche Aussicht bestände,
daß wir dadurch Erfolge erzielen können. Aber das ist nicht
wahrscheinlich, ja es ist nahezu unmöglich, denn am 1. Mai ist
nicht in allen Branchen gute Konjunktur, die die Gewerkschaften
im wirtschaftlichen Kampf als Bundesgenossen haben müssen,
wenn wir Erfolge erzielen wollen; und gerade weil wir den
1. Mai nicht in den Zeitpunkt einer günstigen Konjunktur ver-
legen können, weil wir den 1. Mai am 1. Mai und nicht am
1. Dezember feiern müssen, deshalb ist die Arbeitsruhe am
1. Mai als Kampfmittel nicht geeignet. Es war mir inter-
essant, daß heute morgen in der Kommission unser Kollege aus
Münster sagte, daß auch er, obgleich er ein Freund der Ar-
beitsruhe sei, nicht damit einverstanden sei, daß die Gewer-
schaften die am 1. Mai Gemahregelten aus Mitteln der Orga-
nisation unterstützen müssen; wer den 1. Mai feiern, solle das
aus Idealismus tun. Wenn die Sache so stünde, dann brauch-
ten wir uns hier mit der Regelung der Maisfeierfrage nicht
zu beschäftigen. (Lebhafte Zustimmung.) Weil aber im Laufe
der Jahre die Maisfeierfrage eine Frage der gewerkschaftlichen
Organisation geworden ist, deshalb sind wir verpflichtet, mit
aller Deutlichkeit auszusprechen, daß die Gewerkschaften nicht
aus dem 1. Mai, Gemahregelte und Ausgesperrte, die aus Ide-
alismus den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, als gewerkschaft-
lichen Mitteln zu unterstützen.

Und nun noch eins über den Idealismus! Man hat gegen
die bösen Gewerkschaften den Vorwurf erhoben: Ihr seid ja jetzt
alle verdoctrnete Räumerseelen, die gar nicht mehr imstande sind,
einen Funken von Begeisterung aufzunehmen, die aller Ideale
bar geworden sind. Nein! Denen, die so etwas behaupten,
könnte man mandam ein paar abgelegte Ideale pfeifen. (Große
Weiterkeit.) Wenn wir als Gewerkschaftler uns von Phrasen
nicht betören lassen, so halten wir es für sehr viel besser, nicht
nur an einem Tage im Jahre, sondern an 365 Tagen den
Idealismus zu betätigen (Sehr laut), und diesen Idealismus
sich paaren zu lassen mit der Vernunft, mit kluger Ueberlegung
aller derjenigen Umstände, die nun einmal bei der Föhrung
wirtschaftlicher Kämpfe beobachtet sein wollen. Deswegen können
wir alle die Angriffe, ruhig über uns ergehen lassen. Ich
bin der festen Ueberzeugung, wir leisten der Partei sowohl als
den Gewerkschaften einen großen Dienst, wenn wir die Initiative
zu einer Reform der Maisfeier ergreifen. (Sehr richtig!) Man
wendet ein: Die Unternehmer werden sagen, ihr habt einen
Müßtag angetreten, ihr habt euch hantrott erklärt! Nein, die
Unternehmer werden sagen, die Arbeiter sangen an, uns gefahr-
lich zu werden (Sehr richtig!), die wollen nicht mehr ihre Kamp-
fmittel zu etwas Ruhstolen verpulvern, sondern sie sind vor-
sichtig und sparen ihre Kampfmittel, um zu einem Zeitpunkt,
wo sie die stärksten sind, gegen uns vorzugehen. (Sehr richtig!)
Deshalb können wir auch all die Prophezeiungen ängstlicher Ge-
müther ruhig über uns ergehen lassen.

In der Kommission wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß
die Mehrzahl der Abgeordneten der heutigen Generalversamm-
lung in ihrem Herzen auf dem Boden der Resolution Reichel
stehen, daß sie zwar in den Mitgliedschaften die Arbeitsruhe nicht
empfehlen, aber um des lieben Friedens willen die Resolution
nicht annehmen werden. Ich teile diese Meinung nicht, dazu
schähe ich die Abgeordneten viel zu hoch ein. Wir haben Männer
auf der Generalversammlung und keine Weibchen. Männer, die
nur eine Meinung haben und nicht zweierlei Bungen reden.
(Sehr richtig!) Wir wollen den Mut haben, das zu scheinen,
was wir sind. (Bravo!) Und wenn wir durch die Praxis er-
kannt haben, daß die Form der Arbeitsruhe den Gewerkschaften
nicht nützt, sondern ihnen Schaden zugefügt hat, daß die Form
der Arbeitsruhe seit langen Jahren ein steter Zankapfel zwischen
Partei und Gewerkschaften geworden ist, dann müssen wir den
Mut der Ueberzeugung dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir
endlich den Weg zeigen, der zu einer Verbesserung der Verhält-
nisse führt, und als dies Mittel können wir die Resolution
Reichel bezeichnen. (Lebhafter Beifall.)

Die Kirche gegen den Volksverein für das katholische Deutschland.

Der Direktor Dr. Brauns des Volksvereins für das katho-
lische Deutschland (M.-Glabbach) hatte für den 26. bis 28. April
dieses Jahres die Abhaltung sozialer Konferenzen in

Kattowitz angeordnet, worin er die Katholiken Oberschlesiens
mit den Forderungen der katholischen Sozialpolitik bekannt-
machen wollte. Gleich nachdem die Ankündigung erlassen wor-
den war, erhielt, wie ein polnisches Blatt berichtet, der Vor-
sitzende der Kattowitzer Filiale des katholischen Volksvereins
von dem Geistlichen Rat Erzpriester Schmidt folgendes
Schreiben:

„Soeben erhielt ich von Sr. Eminenz das Programm der
sozialen Konferenzen, die Herr Dr. Brauns hier abhalten
soll, mit der Bemerkung: „Mit diesen Konferenzen des Herrn
Direktors Brauns bin ich nicht einverstanden und verbiete sie
hiermit.“

Pflicht jedes Katholiken ist es also, der Anordnung unse-
res hochwürdigsten Bischofs gehorchen zu lassen.“

Dr. Brauns habe dann, so berichtet das polnische Blatt
weiter, das Programm der Konferenzen abgeändert, aber auch
dann seien die Konferenzen verboten worden. Darauf habe eine
öffentliche Katholikerversammlung stattgefunden, in der Dr.
Brauns als Referent und der Tagesordnung: „Die Auf-
gaben der Katholiken in der Gegenwart“. Aber am Tage der
Versammlung (26. April) wurde morgens in der Apostelkirche
zu Kattowitz von der Kanzel herab bekannt gemacht, daß die
Gläubigen an der Versammlung nicht teilnehmen sollten, in der
Dr. Brauns reden wolle. Schließlich entschloß man sich, die
Versammlung mit der Maßgabe stattfinden zu lassen, daß nicht
Dr. Brauns, sondern sein weltlicher Sekretär reden solle. Aber
auch diese Versammlung fand nicht statt; den Erzdienenden wurde
mitgeteilt, daß der vorgesehene Redner „wegen einer kleinen
Indisposition“ habe abreisen müssen.

Man darf es also als eine Tatsache betrachten, daß dem
Volksverein in der Diözese Breslau die Agitation von der
kirchlichen Oberbehörde untersagt worden ist. Diese auffallende
Begebenheit wird durchsichtiger in ihren Beweggründen und
Absichten, wenn man einige Rundgebungen zu Rate zieht, die
in letzter Zeit aus katholischen Lager gekommen sind. In den
historisch-politischen Blättern (143. Band, 2. Heft, ausgegeben
am 16. Januar) findet sich ein Artikel, überschrieben „Drei
Programmpunkte“. Darin wird hingewiesen auf gewisse Strö-
mungen und Strebungen im katholischen Leben der Gegenwart
und dann die Frage gestellt: „Soll eine planmäßig fortzueh-
rende Interkonfessionalisierung und Dezentralisierung im katho-
lischen Deutschland das nationale Problem der konfessionellen
Gegensätze lösen im Sinne einer überkonfessionellen Kulturge-
meinschaft und der allmählichen Reduzierung des konfessionell-
religiösen Elements auf die Gotteshäuser beider Teile? Der
soll das katholische Deutschland die alle Kultur umfassende expan-
sive Tendenz und die universal-einheitliche Auffassung seiner
Konfession beibehalten in voller Wahrung echt katholischer
Eigenart?“

Die genannte Zeitschrift teilt nun mit, daß jüngst von nicht
genannter Seite ein Schreiben bekannt geworden sei, das aus
verschiedenen öffentlichen und privaten Rundgebungen der letzten
Zeit drei Leitsätze kristallisiert. Der erste Leitsatz behandelt die
Frage, ob die Zentrumspartei eine politische oder eine konfe-
sionelle Partei ist; der zweite Leitsatz betrifft die Frage, ob die
christlichen Gewerkschaften konfessionell oder interkonfessionell
sein sollen. Der dritte Leitsatz lautet: „Die das gesamte Leben
Deutschlands gestaltende finanzielle und moralische Großmacht
des katholischen Volksvereins bedarf in Anbetracht ihrer emi-
nent wachsenden Bedeutung eines engeren Anschlusses an das
Episkopat.“

In diesem Zusammenhange weist der Verfasser des Artikels
in den historisch-politischen Blättern auf jene neuen Lebens-
formen kirchlicher Betätigung hin, die dem alten Rahmen kano-
nischen Organisation nicht anzupassen seien. Daraus entspringen
„präerepiscopale“ (d. h. der bischöflichen Autorität nicht unter-
stellte) Gebilde, vielleicht auch „präerepiscopale Tendenzen“,
und das sei ungesund. Und in Anwendung auf die besondere
Frage des Volksvereins teilt der Verfasser aus dem Briefe
eines befreundeten Sozialpolitikers folgende Stelle mit: „Bei
dem Volksverein handelt es sich um einen sozialen Verein, der
nach den Grundsätzen des katholischen Christentums, nach
ethischen und dogmatischen Gesichtspunkten die soziale Reform
betreibt, die gemeinnützige Wohlfahrtspflege übt, Volkserziehung
um. erstrebt, der überdies mit den Mitteln des katholischen
Volkes arbeitet, dessen Wirkung von innerer Bedeutung ist
für die katholische Kirche. Da haben die Bischöfe ein Recht, zum
mindesten im Vorlande einen Platz zu haben, an der Leitung
dauernd und entscheidend teilzunehmen. Die Art des Vereins,
die Mittel und Mittelglieder, die Wirkung auf die Kirche — das
alles gibt den Bischöfen dazu ein Recht.“ Im Richte dieses
Artikels, der der breiteren Öffentlichkeit entgangen ist, gewinnt
das Vorgehen des Breslauer Fürstbischofs gegen den Direktor
des katholischen Volksvereins allgemeine grundsätzliche Be-
deutung. Noch deutlicher ist übrigens in dieser Beziehung ein
Artikel der Apologetischen Rundschau (Heft 8, Mai 1909).
Darin wird hingewiesen auf die Notwendigkeit, auch eine
„interdiözesane“ Organisation, wie den katholischen Volksverein,
der kirchlichen Autorität zu unterstellen. M.-Glabbach sei
mehr als eine soziale Zentralstelle, hier sei der Geist einer
ganz neuen Auffassung des katholischen Gedankens, hier herrsche
der Geist der christlich-sozialen Demokratie. Und dieser eigen-
artige Geist habe Schule gemacht: „Es ist der Geist, der sich um
Theologie und Kirchenrecht wenig kümmert, der nicht so sehr
soziale Pioniere des katholischen Gedankens, als katholische
Pioniere der Volkswohlfahrt schafft. . . . Der junge, in die
sozialen Fragen hineinwachsende Klerus hat sich innerlichst
führen lassen von der achtunggebietenden, arbeitseinsten Zent-
rale katholischer Sozialpolitik. Dieser Klerus wächst hinein in
die Pfarrämter und trägt den Geist seiner Schule mitten hinein
in das kirchliche Leben. Langsam, von unten herauf, erneuert
sich der Klerus unter der Führung und dem ständigen Einfluß
dieses sozialpolitischen Mittelpunktes. Diese Entwicklung steht
tiefer und größer vor uns als wir ahnen. Mössen nicht Garan-
tien geboten werden, daß M.-Glabbach, das in der Entwicklung

des katholischen Geistes in die neue Zeit hinein die Führung an sich nimmt, das in bewusster oder unbewusster Inangriffnahme der Umwandlungsprobleme den modernen Katholizismus mit allen Mitteln der Schule und der Organisation in seinem Schoße trägt, den tiefen und weiten Gedanken seines Programms im engeren Anschluß an die kirchliche Hierarchie vollzieht?

Im Zusammenhang mit diesen Auslassungen ist das Vorgehen des Breslauer Erzbischofs von großer Bedeutung. Denn in seiner Konsequenz richtet es sich auch gegen die mit der Münchener-Gladbacher Zeitung eng verknüpften christlichen Gewerkschaften. Die starke Gruppe, die in dem Erzbischof von Breslau eine Stütze findet und die von Jesuiten geleitet wird, fordert die Konfessionalisierung der christlichen Gewerkschaften mit föderativem Zusammenschluß der konfessionellen Gruppen. Der Jesuitenpater Pösch hat unter dem Titel: Ein Wort zum Frieden in der Gewerkschaftsfrage, eine Broschüre erscheinen lassen, in der er u. a. zur Wahrung der berechtigten Interessen des kirchlichen Hirtenamts und im konfessionellen Interesse fordert, daß sich die christlichen Gewerkschaften in zwei selbstständige konfessionelle (katholische und protestantische) Gruppen trennen sollen, die dann zusammen eine Föderation bilden könnten. In einer anderen, anonymen Schrift, die unter Ausfluß der Öffentlichkeit erschienen ist, wird gar gesagt: „Die Idee der interkonfessionellen Gewerkschaft . . . gefährdet die katholische Gesinnung und hierarchische Korrektheit der katholischen Arbeitermassen und bildet eine Gefahr für die politische Geschlossenheit des katholischen Volksteiles.“ Pater Pösch geht noch weiter und verlangt in seiner Broschüre von den christlichen Gewerkschaften die unbedingte, nicht nur formale Preisgabe des „kirchlichen Prinzips“, d. h. des auf dem kirchlichen Kongreß aufgestellten Grundabzuges, daß sich die christlichen Gewerkschaften von den Bischöfen nicht einreden lassen.

Wenn die von dem Erzbischof von Breslau vertretene Richtung sich darüber beschwert, daß die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften „eine Gefahr für die politische Geschlossenheit des katholischen Volksteiles“, d. h. also für das Zentrum, sind, so ist das ein Zeichen, daß die christlichen Gewerkschaften nach den Anschauungen führender Kreise eben doch Hilfsgruppen einer politischen Partei sein sollen.

Ob aber die christliche Gewerkschaft mit bischöflicher Druck-erlaubnis überhaupt noch lebensfähig sein würde, darüber mögen sich unferntwegen die kompetenten Leute ihre geehrten Köpfe zerbrechen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Erbschaften der Regierung. Einem Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ zufolge schlägt die Regierung als Ersatz für den durch Verringerung der Erbschaftsteuer eintretenden Ausfall die Besteuerung der Feuerversicherungs-polizen mit einem Drittel pro Wille vor! Der Ertrag hieraus wird auf 40 Millionen Mark veranschlagt. Ferner soll eine Erhöhung der Wechselstempelabgabe auf Wechsel, die länger als drei Monate umlaufen, und eine Schenksteuer — der Postschek-verkehr bleibt frei — vorgesehen sein. An Stelle der Wert-zuwachsteuer soll eine Steuer auf den Umlauf in Grundstücken mit einem Drittel Prozent geplant sein. Wie es heißt, stimmen die verbündeten Regierungen der Pariserkonferenz zu, deren Ertrag auf 8 Millionen Mark geschätzt wird.

Drohung mit der Reichstagsauflösung? In ihrem letzten Wochenrückblick läßt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine letzte Mahnung an die konservativ-fiskalische Finanz- und Steuerminister ergeben; wenn sie den Bogen überspannen, dann . . . Das Blatt schreibt:

„Ueber die Dringlichkeit des Gebotes, noch in diesem Sommer 500 Millionen Mark neuer Einnahmen gesichert zu stellen, besteht nirgendwo im Lande ein Zweifel. Gelingt es infolge der widerstrebenden wirtschaftlichen und politischen Interessen nicht, im Laufe der nächsten Wochen zu einer Einigung zu gelangen, so wird der Widerhall eines solchen Versagens bei den Wählern aller bürgerlichen Parteien ein äußerst starker sein.“

Der Widerhall bei den Wählern kann sich doch nur bei Wahlen zeigen, sollen also die Worte einen Sinn haben, so können sie nur eine Drohung mit Reichstagsauflösung bedeuten. Im übrigen plädiert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ für Erhöhung der Steuern, die den Massenkonsum treffen: Steuern auf Tabak und Branntwein!

„Die entbehrlichsten allgemeinen Genussmittel sind nicht so herangezogen worden, wie es das Interesse der Reichsfinanzen verlangt. Beim Branntwein und insbesondere beim Tabak bleiben die eingelegten Beträge erheblich hinter den Mehrforderungen zurück.“

Hier sei einzusehen und nicht beim Großkapital, denn, so heißt es an einer anderen Stelle:

„Es ist eine unerlässliche Voraussetzung für das Zustandekommen der Reform, daß diese volkswirtschaftlich schädlichen Steuern, insbesondere die Kötterungssteuer, die Mühlenumsatzsteuer und der Kohlenumsatzsteuer wieder gestrichen und an ihrer Stelle Abgaben eingeführt werden, die den bezeichneten Forderungen der Ertragsfähigkeit und der Gerechtigkeit entsprechen, und die gleichzeitig den Verkehr nicht stärker als unbedingt notwendig erschweren.“

Das Verfahren gegen Eulenburg. Am Sonnabend trat die aus drei Richtern bestehende Beschlusssammer (7. Strafsammer) unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Spittelschöffer zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. Wie gemeldet wird, soll es sich in der Beratung um einen Antrag des Oberstaatsanwalts gehandelt haben, die vom Fürsten Eulenburg gestellte Kaution von 100 000 Mk. auf 500 000 Mk. zu erhöhen. Einer Erhöhung der Kaution wurde zugestimmt, über die Höhe des Betrages ist noch nichts näheres bekannt. Gleichzeitig soll das Gericht den Beschluß gefaßt haben, die wissenschaftliche Deputation nochmals zur schleunigen Erstattung eines Gutachtens aufzufordern, um zu ermitteln, ob es möglich ist, die Verhandlungen in einer demnächst anzuberaumenden Extra-Schwurgerichtssitzung zu Ende zu führen.

Die Staatsanwaltschaft führt lebhaft Klage darüber, daß die Tatsache der Entsendung des Kriminalkommissars Vönborg nach Gastein zur Überwachung des Fürsten Eulenburg durch eine hiesige Zeitung bekanntgemacht und der Fürst dadurch zur Rückkehr nach Berlin veranlaßt worden sei, noch bevor er die ursprüngliche Absicht, seine Gesundung herbeizuführen, verwirklicht konnte. Es sollen Ermittlungen angestellt werden, auf wen diese Indiskretion zurückzuführen ist.

Nach Schluß der Beratung hatte der Vertreter Eulenburgs, Justizrat Wronker, eine längere Konferenz mit dem Oberstaatsanwalt Dr. Preuß.

Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt. Eine Nachwahl zum Rudolstädter Landtag ist für den Wahlkreis Königsstadt zu erwarten, da unser dort gewählter Genosse Ernst Benter zum Geschäftsführer des Konsumvereins Annaberg im Erzgebirge gewählt wurde und am 1. Juli nach dort übersiedelt.

Der Wahlkreis ist seit drei Legislaturperioden in unseren Händen und gilt als sicherer Besitzstand unserer Partei. Im November 1908 wurde Genosse Benter dort mit 735 gegen 510 Stimmen des bürgerlichen Wählermandats gewählt.

Der Hanjabund.

Seit Wochen wurde Propaganda gemacht für eine Organisation des mobilen Kapitals. Mit dieser Organisation sollte der Bund der Landwirte im Schach gehalten, eine allzu einseitige Beeinflussung der Gesetzgebung durch die Agrarier verhindert werden.

Die gestrige Demonstrationsversammlung, die Börse und Industrie gegen die Beschlüsse der Finanzreform im Zirkus Schumann in Berlin veranstalteten, hat den Grundstein zu der neuen Organisation gelegt.

Die Versammlung war von ca. 6000 Personen besucht. Darunter befanden sich Vertreter von ca. 100 Handelskammern und Börsenvereinen und über 300 Vertreter sonstiger kaufmännischer Organisationen. Die Zahl der von diesen Körperschaften entsandten Delegierten betrug 2300. In das Präsidium der Versammlung hatte man alle führenden Persönlichkeiten auch der Hochfinanz und Großindustrie delegiert.

Die Versammlung beschloß nach einigen Reden zwei Resolutionen; die erste präzisiert die Stellung des mobilen Kapitals zur Finanzreform. Es heißt darin:

„Die Versammlung erblickt in der Durchführung der Reichsfinanzreform die derzeit dringendste Aufgabe der deutschen Gesetzgebung. . . . Sie legt jedoch einmütig entschiedene Verwahrung ein gegen das von der Finanzkommission des Reichstages angenommene Steuerprogramm, welches durchweg und unerbittlich das Bestreben zeigt, Gewerbe, Handel und Industrie zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft einseitig zu belasten. . . . Die Kötterungssteuer, die Mühlenumsatzsteuer und der Kohlenumsatzsteuer sind geeignet, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands, insbesondere der deutschen Exportindustrie, gegenüber dem Ausland zu schwächen. . . . Die Versammlung erwartet, daß der Reichstag gegenüber auf energischste die Unannehmlichkeit der vorliegenden Kommissionsbeschlüsse vertreten und daß sie sich auch künftig jedem Versuche, Steuern, welche die Gesamtheit zu tragen hat, auf einzelne Stände abzuwälzen, mit Entschiedenheit widersetzen werden. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Reichsfinanzreform neben der Einführung von Verbrauchsabgaben den gefunden Gedanken einer allgemeinen Einkommensteuer, am zweckmäßigsten in Form einer angemessenen Erbschaftsteuer, zu verwirklichen hat.“

Die zweite Resolution betrifft die Gründung des Hanjabundes; sie hat folgenden Wortlaut:

„Die aus Anlaß der Beratungen der Finanzkommission von neuem gemachten bitteren Erfahrungen haben bei den Verammelten die einmütige Ueberzeugung wachgerufen, daß Handel, Industrie und Gewerbe nur durch einen dauernden, festorganisierten Zusammenschluß ihre berechtigten Interessen gegen Schädigungen und Vergegnungen zu schützen vermögen. Zur Herbeiführung dieses Zusammenschlusses begründen hiermit die Anwesenden, soweit sie kaufmännisch, gewerblich oder industriell tätig sind, den Verein Hanjabund für Gewerbe, Handel und Industrie, dessen Zweck es sein soll, im gemeinsamen Interesse dieser Stände alle gegen dieselben gerichteten Angriffe und Schädigungen abzuwehren, ferner positive, zum Schutze dieser Stände dienenden Vorschläge zu machen und auf Ausgleichen von Gegensätzen in den eigenen Reihen hinzuwirken. Demgemäß soll der Verein auch die Aufgabe haben, bei der Vorbereitung von Wahlen zum Reichstage und zu den Einzellandtagen für die Wahl solcher Kandidaten einzutreten, welche jeder Schädigung und jeder einseitigen Belastung von Handel, Industrie und Gewerbe entgegenzutreten entschlossen sind; in erster Linie soll hierbei für die Wahl von Kandidaten aus den eigenen Reihen dieser Stände eingetreten werden. Die Verammelten ermächtigen das Präsidium der heutigen Versammlung oder eine von diesem zu ernennende Kommission, alsbald alle Schritte vorzunehmen, welche zu sofortiger Betätigung des Vereins erforderlich erscheinen. Insbesondere soll das Präsidium ermächtigt sein, die Satzungen festzustellen, einen Gesamtausschuß, in welchem auch Delegierte von Vereinen und Verbänden Platz finden sollen, und aus der Mitte desselben einen geschäftsführenden Ausschuß zu bilden.“

Gegen die Agrarier soll der Bund geschaffen werden, in dessen sollte er Leben erlangen, so wird er bald Seite an Seite mit den Agrariern gegen die breite Masse des Volkes, gegen die Reichsfinanzen tätig sein. Der Geheimkommerzienrat Emil Kirdorf aus Gelsenkirchen, der bekannte Kohlenmagnat, äußerte gleich in der Gründungsversammlung das Bisher; wichtiger als die Finanzreform ist ihm die unbeschränkte Herrschaft des Großkapitals. Er meinte, vor allem müsse gewarnt werden vor weiteren, gescheiterten Bestimmungen der angeblichen Arbeiterfürsorge. Ein trauriges Zeichen sei das neueste Gesetz über die „Einkommenssteuer“, gewesen; der leitende Grund für die einstimmige Durchführung dieses Gesetzes sei der Kampf um die Seele der Arbeiter gewesen:

„Mit solcher Stimmung und Gesinnungspolitik vernichten wir die Blüte unseres Wirtschaftslebens (Beifall und Widerspruch); eine unüberlegte, übertriebene Arbeiterfürsorge schlägt in das Gegenteil um, sie vernichtet die beste Fürsorge: lohnende Arbeitsgelegenheit. (Große Unruhe. Schlußruf.) Ich will hier ganz offen erklären, daß ich mich für die Erbschaftsteuer nicht begeistern kann. (Schlußruf.) Wenn sie Gesetz werden würde, würde sich die Begeisterung sehr bald legen. Ich möchte für meine Person für eine Vermögenssteuer eintreten. (Erneute stürmische Schlußrufe. Große Unruhe.)“

Nachdem der Vorsitzende Ruhe geschafft, erwachte sich Kirdorf den Beifall der schnell verjüngten Versammlung wieder damit, daß er meinte, er würde trotz seiner Gegnerschaft gegen die Erbschaftsteuer für die Resolution stimmen.

Rußland.

R. B. Der kriegerische Militarismus in Rußland. Es ist ein charakteristisches Anzeichen der Jahre der Konterrevolution in Rußland, daß das Interesse für religiöse Fragen, für Fragen der Gewissens- und Glaubensfreiheit in den breiten Massen des Volkes enorm zugenommen hat. Namentlich in der letzten Zeit, da die Regierung sich endlich genötigt sieht, die längst versprochenen Vorlesungen über die Gewissensfreiheit in der Duma einzubringen, sind diese Fragen in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt und zwingen die Parteien, eine klare und deutliche Stellung zu ihnen einzunehmen. Parallel damit nimmt das reaktionäre Treiben der orthodoxen Geistlichkeit an Energie und Umfang zu. Die russische orthodoxe Kirche, die stets als Schutzwall der Reaktion gedient, die alle kirchlichen Institutionen für ihre kulturfeindlichen Zwecke ausnützt, die sich mit den blutbesudelten Händen des ehrtrübsüchtigen Volksverbandes öffentlich verbrüdet, die die Pogromhörer Gernogen, Aljodow usw. zum tödlichen Tun angefeuert hat, entwickelt sich immer mehr zu einer Macht, die nicht nur im Interesse und im Auftrage der Regie-

rung handelt, sondern selbständigen kriegerischen Antrieben folgt. Der russische Klerus ist zu einer ernstlichen Macht herangereift, mit welcher die Regierung Stolzpin rechnen muß, weil diese mehr denn je seiner Unterstützung im Kampfe gegen die Emanzipationsbestrebungen des Volkes bedarf und den politischen Einfluß, der dem höheren Klerus nach dem Staatsstreich vom 16. Juni eingeräumt wurde, berücksichtigen muß. Die Revolution, welche die Konfiskation der Kirchen- und Klosterländereien, die Trennung der Kirche vom Staate anstrebte, hat die russische Geistlichkeit, namentlich ihre höheren Schichten, welche, im Besitz ungeheurer Reichtümer (die Kapitalien der Kirche allein belaufen sich auf 47 Millionen Rubel), die Rolle von Land- und Kapitalmagnaten spielen, angefeuert, nicht bloß die „dienende Magd“ der weltlichen Gewalt zu sein, sondern, ähnlich dem westeuropäischen Klerus, aktiv in die Politik einzugreifen, um ihre materiellen Interessen, ihre bevorzugte soziale Stellung, wie den ganzen Verdrummungsapparat der Kirche, mit allen Mitteln zu verteidigen. Allerdings hat die niedere Geistlichkeit, die in die erste und die zweite Duma oppositionelle und revolutionäre Abgeordnete entsandte, sich mit den demokratischen Schichten des Volkes, von denen sie materiell abhängig ist, verbrüdet und die volle Verwirklichung der Glaubensfreiheit, die Trennung der Kirche vom Staate, die Reformierung der orthodoxen Kirche angestrebt. Aber der Sieg der Konterrevolution hat diese Elemente beiseite geschoben und andere in den Vordergrund gerückt, die energisch eintreten für Volksbedrückung und Volksverdrummung.

Im Einklang mit der veränderten politischen Situation hat die russische Geistlichkeit die Rahmen ihrer Wirkungsstätigkeit erweitert und neue Methoden in ihrer Agitation hineingetragen. Die geistlichen Nachwirkungen der Revolution waren zu tief, als daß der Klerus sich mit seiner früheren, ebenso stupiden wie unpopulären Agitationsweise begnügen konnte. Er sah sich genötigt, seine Agitation und Organisation zu „demokratisieren“, um seinen Einfluß zu festigen. Vor allem sah er sich genötigt, den Kampf gegen die sozialdemokratischen Ideen zu organisieren, welche trotz Kriegszustand und Ausnahmeverordnungen in den arbeitenden Klassen lebendig geblieben sind. Der Kiewische Missionärskongreß hat eine ganze Reihe praktischer Maßnahmen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie ausgearbeitet und beschlossen, die Dreyfus von Missionären mit größter Energie zu betreiben. Die „besondere Beratung am heiligen Synod“ hat ein ganzes Programm ausgearbeitet, um „entsprechend den Bedingungen des Momentes“ eine Agitation in den arbeitenden Klassen zu betreiben. Den Geistlichen wurde empfohlen, die Sympathien der Bevölkerung durch verschiedene „kulturelle“ und „soziale“ Einrichtungen zu erwerben. Mit einem Wort, die Agitationsfähigkeit der Kirche ist komplizierter und umfangreicher geworden, und in allen diesen Maßnahmen ist die Regierung treu zu ihrer Bundesgenossin gestanden. Dafür hat auch die Kirche treu zur Regierung gehalten, als es galt, die Scherschlichkeiten der uniformierten Gensdarmen, die Grenz der edelrussischen Nordwesten zu sanktionieren und die Rückwärtsbewegung der Verfassung vorzunehmen. Namentlich jetzt, wo es galt, der Regierung, welche sich vor den einflussreichen Schichten der altgläubigen Moskauer Kaufmannschaft zu Konfessionen hatte verpflichten müssen, den Rücken zu decken, haben die Bischöfe und die Geistlichen in der Duma der Regierung die Argumente geliefert, um die von den Okzobristen angenommenen Entwürfe zur Glaubensfreiheit im Reichstage zu Falle zu bringen. Den Weg, den diese Reformvorlagen nehmen werden, hat zwar schon Stolzpin in seiner letzten Dumarede angedeutet, indem er darauf hinwies, daß die Vorlagen der Dumaopposition trotz ihrer völligen Richtigkeit unannehmbar seien, denn sie müßten „bestätigt werden vom russischen Jaren, der in erster Linie ein orthodoxer Jare sei.“ Indessen haben nur die geistlichen Bundesgenossen Stolzpins auf der rechten Seite des Hauses den Mut gehabt, ihre Stellung klar und deutlich zu formulieren. Der Bischof Mitrofan erklärte, daß Kirche und Regierung eins seien, daß die Gewissensfreiheit ein unbekannter Begriff im russischen Staatswesen sei, und daß die Regierung vollkommen richtig mit der Kirche vorgehen müsse, denn nicht nur ihr, sondern vor allem dem Staate drohe durch die Gewissensfreiheit die größte Gefahr.

Das weitere Schicksal der Vorlagen über die Glaubensfreiheit ist nach alledem klar. Der Reichsrat und der Jare werden keinen Augenblick zögern, um die von den Okzobristen angeforderten und namentlich in Anbetracht der bevorstehenden Dumaferien mit größerer Energie verteidigten, sehr beschränkten Reformen zu verweigern. Die Genosse Bokroski in seiner Rede sehr treffend bemerkt hat, bedarf die Kirche der polizeilichen Unterstützung des Staates, wie dieser die Unterstützung der Kirche bedarf. Die Förderung des kriegerischen Militarismus ist für die Regierung eine ebenbürtige Notwendigkeit geworden, wie die absolute Verweigerung der geringsten Reformen auf dem Gebiete der Gewissens- und Glaubensfreiheit die im Manifest vom 30. Oktober feierlich verkündet wurde.

Die Todesstrafe in der dritten Duma. Die Subkommission der Duma hat vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, die Vorlage über die Abschaffung der Todesstrafe abzulehnen. Mit 6 gegen 3 Stimmen hat sie sich den Anschauungen des Berichterstatters Matjugin angeschlossen, daß es wünschenswert sei, die Todesstrafe für die schwersten politischen Verbrechen im Strafgesetzbuch aufrecht zu erhalten, während die sonstigen Fälle der Anwendung der Todesstrafe nicht der Kompetenz der Duma unterständen, weil sie im Militärstrafgesetzbuch vorsehen sei. Am den Eindruck dieser empörenden Entscheidung abzumildern, hat die Subkommission gleichzeitig beschlossen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den Ostschichten, wo völlige „Verwilderung“ eingetreten sei, als wünschenswert zu bezeichnen. Dieser nichtslagende Beschluß wird aber weder von der Subkommission, noch von den herrschenden Parteien der Duma die Verantwortung abwälzen, daß sie sich durch ihr Votum solidarisch erklärt haben mit den Henkern, welche das ganze Reich in eine große Hinrichtungsstätte verwandelt haben.

Schweiz.

ac. Staatliche Subvention für Arbeitsnachweise. Die Schweizer Bundesversammlung hat dieser Tage einem Entwurf des Bundesrats zugestimmt, welcher die Errichtung und die Subventionierung der gemeinnützigen Arbeitsnachweise vorsieht. Die Arbeitsvermittlung muß unentgeltlich geschehen und soll unparteiisch durchgeführt werden. Bei Konflikten haben die Arbeitsämter eine neutrale Stellung einzunehmen. Die Vermittlung soll dann nicht eingestellt werden, aber die Arbeitssuchenden sind auf die Tatsache des Konflikts (Streik, Sperre, Ausperrung) aufmerksam zu machen. Auch die Unterstützung von Arbeitsnachweisen der Gewerkschaften ist vorgesehen. Die Ausgaben des Bundes werden sich auf zirka 50 000 Franken belaufen.

England.

ac. Alkoholismus in der Schule. Das englische Unterrichtsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach die Kinder in geeigneter Weise über die Schäden des übermäßigen Alkoholgenußes aufgeklärt werden sollen. Der Unterricht soll sich in dieser Beziehung nicht bloß beschränken auf die individuellen Uebel, wie Krankheit, Siedtum, Verminderung der Arbeits-

leistung, Verlust von Beruf, sondern auch die Alkoholgenuss über anderen, Zerplitterung

Die Hambur-
verbandes hat e-
mängelungen A-
farblose Berie-
Folienhangang
sprechen worden
Wer die in
zugeben, daß d-
von den Red-
Mitgliedern de-
an manchen de-
als ein schwere-
gebeiert gegen-
bandstage juvi-
binationen ber-
Vorstand des
Generalversam-
zu übernehmen
aus ungenügen-
ralversammlung
vollständige un-
über sich erge-
genügende Be-
erstatte das
Stimmungsma-
oder über zu de-
müssen. Ob de-
eine andere Fr-
eine Organisati-
anbahnen?

Aus der

— Arbeiter-
Sonnabend ge-
nommen werden

— Gewerbe-
Der Bauarbeit-
in Stadtwende
Da der Klager
war, sondern B-
teit des Gewer-
und Klager nah-
den Wegebaum
rückständigen
Beweis erhoben
gegen die Firm-
Entlassung soll
Zeugenvernehm-

— Die Pro-
Sommer am Ge-
halle“ und die
getren ihrem G-
genug. Wagne-
selbst zu Gehör
wird das Wlad-
spielen. Der

— Naturhe-
gen von weitge-
Widrigung erl-
zu geben, zu
Delegierte in
monie“ ausfüll-
heutiger Num-

— Viesefes-
wird uns gefes-
gewitter“, der
Erfolg errang,
findet wiederu-
die harmlose, K-
von Rudolf R-

— ag. Dan-
freien macht e-
Frau Danph-
in kleinen Or-
möglichkeit.
Schwierigkeit
benutzt. Jede-
wenn solcher R-
also gegen rhe-
größeres Gefas-
einzuwerfen, d-
Wasser in das
sofort ein. Un-
und bequemes
und das Gefas-
Reanifizierung
Abfluß des C-
Abwaschung na-
ten darf.

— Polizeiein-
1909, vormit-
ein vor dem H-
rad, Marke „S-
S d i a g e
Dachbeder S. d-
gerei am Neb-
angelegt.

— Gadderbaum.
tag, 15.
Verjam

— Der Sonne-
Frage der Ge-
sprachen hierz-
Volld-Dormun-
eine Resolution
stener Stellung
an sie durch-
forderungen g-
zogen werden
den Städten
würde. Zu d-
Viesefes folge-
Der

egerischen Antrieben folgt. In Macht herangereift, mit den politischen Einfluss, taatsrechtlich vom 16. Juni. Die Revolution, welche osterländerien, die Tren- hat die russische Geistlich- n, welche, im Besitz unge- Kirche allein belausen sich von Land- und Kapital- los die „dienende Magd“ n, ähnlich dem westeuro- r, einzugreifen, um ihre soziale Stellung, wie den che, mit allen Mitteln zu re Geistlichkeit, die in die le und revolutionäre Ab- vokratischen Schichten des ig ist, verdrängt und die eiheit, die Trennung der der orthodoxen Kirche an- revolution hat diese Ele- in den Vordergrund ge- bedrückung und Volksver- politischen Situation hat rter Wirkungsstärkeit er- Agitation hineingetragen. sultation waren zu tief, als n, ebenso stupiden wie un- konnte. Er sah sich ge- „demokratisieren“, allem sah er sich genötigt, en Ideen zu organisieren, abmegegerichte in den ar- ind. Der Kiewsche Mi- ntlicher Maßnahmen zum gearbeitet und beschloßen, Energie zu betreiben. Synod“ hat ein ganzes rechnend den Bedinungen n arbeitenden Klassen zu pfahlen, die Sympathien kulturelle“ und „soziale“ m Wort, die Agitations- umfangreicher geworden, Regierung tren zu ihrer auch die Kirche tren zur cheuchlichkeiten der unfor- nischen Mordgefahren zu n der Verfassung vorzu- t, der Regierung, welche r altgläubigen Moskauer verpflchten müssen, den d die Geistlichen in der geliefert, um die von den zu Glaubensfreiheit im Weg, den diese Reform- von Stolypin in seiner darauf hinwies, daß die ihrer völligen Nichtigkeit bestätigt werden vom ruf- orthodoxen Zar sei. „In- genossen Stolypins auf nehat, ihre Stellung klar- schaf Mitrosen erklärte, daß die Gewissensfreiheit Staatswesen sei, und daß mit der Kirche vorgehen allem dem Staate drohe Gefahr.

über die Glaubensfrei- rat und der Zar werden n Oskobristen gefordert vortiehenden Dumaferien r beschränkten Reformen in seiner Rede sehr tref- der politischen Unter- terstützung der Kirche be- Merikalismas ist für die ie geworden, wie die ab- formen auf dem Gebiete die im Manifest vom

ma. Die Subkommission. Beschluß gefaßt, die Vor- straße abzulehnen. Mit insharungen des Bericht- es wünschenswert sei, die den Vergehen im Straf- d die sonstigen Fälle der r Kompetenz der Duma r überlegen sei. Um idung abzuwickeln, hat n die Aufhebung des so völlige „Verurteilung“ zeichnen. Dieser nicht- der Subkommission, noch ma die Verantwortung solidarisch erklärt haben eich in eine große Hin-

Arbeitsnachweise. Die r Tage einem Entwurf die Errichtung und die Arbeitsnachweise vorzieht. tlich geheißen und soll ei Konflikten haben die einzunehmen. Die Ver- rden, aber die Arbeit- onflikts (Streit, Sperre, und die Unterstützung ten ist vorzulehen. Die ritzka 50 000 Franken be-

das englische Unterrichts- n, wonach die Kinder in s übermäßigen Allfobol- r Unterricht soll sich in n auf die individuellen minberung der Arbeit-

leistung, Verlust der Stellung, Verlust der Selbstachtung usw., sondern auch die sozialen Schäden, die zum Teil auf übermäßigen Alkoholgenuß zurückzuführen sind, wie Pflichtverletzung gegen- über anderen, besonders der Familie, moralischer Untergang, Zersplitterung der Familie, Pauperismus usw.

Parteinachrichten.

Die Hamburger Generalversammlung des Metallarbeiter- verbandes hat einem Teile der Parteipresse zu verschiedenen Be- mangelungen Veranlassung gegeben. Es ist zunächst über die „farblose Berichterstattung“ geklagt worden, und es ist in diesem Zusammenhang von einer Ausschaltung der Parteipresse ge- sprochen worden.

Wer die in Betracht kommenden Verhältnisse kennt, muß zugeben, daß diese Klagen nicht unbegründet sind. Nicht nur von den Redaktionen der Parteiblätter, sondern auch von den Mitgliedern des Verbandes ist die unvollständige und darum an manchen Stellen unrichtige Wiedergabe der Verhandlungen als ein schwerer Mangel empfunden worden. Es ist also nichts gebessert gegen früher, als von den Verhandlungen der Ver- bandstage zuwiele und ebenfalls unrichtige, zum Teil auf Kon- binationen beruhende Darstellungen gegeben wurden. Der Vorstand des Verbandes, der auf Anregungen einer früheren Generalversammlung versucht hat, die Berichterstattung selbst zu übernehmen, wird einsehen, daß der Versuch durch die durch- aus ungenügende Berichterstattung von der diesjährigen Gene- ralversammlung mißlungen ist. Und vor die Wahl gestellt, un- vollständige und unzulängliche Berichte privater Berichterstatter über sich ergehen zu lassen, oder aber durch die ebenfalls un- genügende Berichterstattung der „kongressierten“ Bericht- erstatter das Odium beabsichtigter Irreführung oder amtlicher Stimmungsmache auf sich zu laden — wird der Vorstand wohl oder übel zu dem alten Modus der Berichterstattung zurückkehren müssen. Ob das im Interesse der Parteipresse liegt, ist freilich eine andere Frage. Ließe sich durch die Pressekonferenzen nicht eine Organisation der Berichterstattung über Verbandstage usw. anbahnen?

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 14. Juni.

— Arbeiter-Jugend. Die Freikarten für das Konzert am Sonnabend können bei Zentler, Marktstr. 8, in Empfang ge- nommen werden.

— Gewerbegericht (Land). Spruchstiftung vom 11. Juni. Der Bauarbeiter M. klagt gegen den Kaufmann Robert Schulz in Brackwede auf Zahlung des Restlohnes in Höhe von 4,50 Mark. Da der Kläger nicht im Gewerbebetriebe des Beklagten beschäftigt war, sondern Bauarbeiten für ihn ausführte, lag ein die Zuständig- keit des Gewerbegerichts voraussetzendes Arbeitsverhältnis nicht vor und Kläger nahm die Klage zurück. — Der Arbeiter S. klagt gegen den Wegebauunternehmer Kleinmann in Sieler auf Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 105,59 Mark. In der Sache soll Beweis erhoben werden. — In der Klagefache des Werkmeisters E. gegen die Firma Arteria-Werk in Brackwede wegen vorzeitiger Entlassung soll weitere Beweishebung stattfinden, da die heutige Bezeugenerklärung nicht zu einem greifbaren Resultat führte.

— Die Freie Volksbühne gibt ihr erstes Konzert in diesem Sommer am Sonnabend, 19. Juni, im Garten der „Central- halle“ und bietet ihren Mitgliedern ein ausgezeichnetes Programm, getreu ihrem Grundsatz: Das Beste ist für das Volk gerade gut genug. Wagners Kaisermarsch wird zum ersten Male in Biele- feld zu Gehör gebracht werden, und das gesamte Streichquartett wird das Adagio aus dem Esur-Quartett von Philipp Häfer spielen. Der Geiger, Herr Walter Frings tritt als Solist auf.

— Naturheilverein. Der Bundestag in Hamburg hat Fra- gen von weitestgehender Bedeutung behandelt, die eine eingehende Würdigung erheischen. Um allen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen, wird der Delegierte in einer Versammlung am Mittwoch in der „Har- monie“ ausführlich Bericht erstatten. (Näheres im Inserat in heutiger Nummer.)

— Bielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Der überaus amüsante Schwanf „Liebes- gewitter“, der bei seiner Erstaufführung am Freitag einen vollen Erfolg errang, wird heute zum ersten Male wiederholt. Morgen findet wiederum eine Premiere statt. Zur Aufführung kommt die harmlose, drohliche Verwechslungskomödie „Sie weiß etwas!“ von Rudolf Kneifel.

— ag. Dampfbäder mit ungelöschtem Kalk. In Arbeiter- freien macht es oft nicht geringe Umstände, wenn Mann oder Frau Dampfbäder benutzen wollen oder sollen, und namentlich in kleinen Orten oder auf dem Lande gehört es nahezu zur Un- möglichkeit. Nach einem französischen Arzt kann man indes der Schwierigkeit aus dem Wege gehen, wenn man ungelöschten Kalk benutzt. Jeder Arbeiter weiß, daß sich heiße Dämpfe bilden, wenn solcher Kalk mit Wasser in Berührung kommt. Man hat also gegen rheumatische Schmerzen, z. B. des Beines, nur ein größeres Gefäß zu nehmen, ein etwa faustgroßes Stück Kalk hin- einzunwerfen, das frange Knie darüber zu halten und langsam Wasser in das Gefäß zu gießen. Die Dampfenentwicklung tritt sofort ein. Um die Wirkung zu erhöhen und zugleich ein billiges und bequemes Schwimmbad zu haben, kann man das frange Glied und das Gefäß mit einem dichten Tuche umhüllen. Eine gewisse Neutralisierung läßt sich ja durch dichter oder weniger dichten Abschluß des Gefäßes erzielen. Zu beachten ist indes die kühle Abwühlung nach vollendetem Dampfbad, die nicht vergessen wer- den darf.

— Polizeibericht. Fahrrad diebstahl. Am 12. Juni 1909, vormittags 11 Uhr, wurde dem Kaufmannslehrling K. G. ein vor dem Hauptpostamt hieselbst aufgestellt gewesenes Fahr- rad „Marke „Hünner“, gestohlen.

Schlägerei. Um 1,45 Uhr voriger Nacht wurde dem Dachdecker S. Sch., Siechenmarktstraße, welcher in einer Schlä- gerei am Nebelstor 2 Kopfwunden erlitten, ein Notverband angelegt.

Versammlungen.

Gadderbaum. Arbeiter-Abstinenz-Bund. Dienst- tag, 15. Juni, abends 9 Uhr, bei Brachfeld, Gasterweg: Versammlung zwecks Gründung einer Ortsgruppe.

81. Westfälischer Städtetag. Der Sonnabend brachte als ersten Beratungsgegenstand die Frage der Stellungnahme zur Reichs-Verzinsungsteuer. Es traten hierzu einleitend Dr. Mühl-Herne dagegen und Dr. Wolb-Dortmund dafür. Bürgermeister Cuno-Hagen brachte eine Resolution ein, welche scharf gegen die Reichs-Verzinsung- steuer Stellung nimmt, da den Städten in dem Augenblick, wo an sie durch die Beamtenbesoldungsbesserung erhöhte An- forderungen gestellt würden, diese Einnahmequelle nicht ent- zogen werden dürfe, und andererseits diese Steuer fast nur von den Städten und industriellen Gemeinden aufgebracht werden würde. Zu dieser Resolution beantragte Stadiv. Hoffmann-Bielefeld folgenden Zusatz: „Der Städtetag ist der Ansicht, daß die mangelhafte Ein-

führung der Wertzuwachssteuer durch die Städte und die in Betracht kommenden Gemeinden die Hauptschuld hat daran, daß der Versuch, die Steuer für das Reich zu beanspruchen, gemacht worden ist. Denn es muß gefordert werden, daß der unber- diente Wertzuwachs im ganzen Deutschen Reich in wirksamer Weise zur Steuer herangezogen wird.

Ferner soll die Wertzuwachssteuer in erster Linie den Städ- ten und Gemeinden bleiben. Für den Fall aber, daß sie zu einem Teil dem Reich überwießen wird, darf sie nicht als Ersatz für eine Besitzsteuer, sondern für die die Massen belastenden Ver- brauchssteuern dienen.“

Hoffmann wies zur Begründung des zweiten Abzuges dar- auf hin, daß der Städtetag in Minden, einem Zentrum der Zigarrenfabrikation, die durch die geplante Mehrbelastung des Tabaks schwer bedroht sei, tage. Es sei Tatsache, daß eine Ab- wandlung der Fabrikation nach Süddeutschland und damit eine Entvölkerung von Minden-Ravensberg bevorstehe. Aber der Städtetag wollte davon nichts wissen. Politik treibe er nicht, bemerke der Vorsitzende, Oberbürgermeister Schmieding, und Bürgermeister Cuno-Hagen hielt auch den ersten Abzug aus- gesprochenen Tadel für zu weitgehend. Er beantragte statt dessen, die Forderung der Einführung der Wertzuwachssteuer aufzustellen, was dann auch angenommen wurde, während Hoff- mann seine Resolution, nachdem ihre Einbringung ihren Zweck erfüllt hatte, zurückzog.

Nachdem der Städtetag hierdurch wiederum den politischen Befähigungsnachweis des deutschen Bürgertums erbracht hatte, nahm er den Vortrag des Stadtschulrats Dornheider-Dortmund über „den hauswirtschaftlichen Unterricht in den Volks- und Mittelschulen der Provinz Westfalen“ entgegen. Es ist durchaus anerkennen, daß der Vortragende sich sehr warm nicht nur für den hauswirtschaftlichen, sondern auch den Sanitäts-Unterricht aussprach. Für uns wurde der Eindruck hier von beeinträchtigt durch seine Vereinfachung für die Mittelschule. Dem Mittelstande seine Mittelschule, dafür sprachen sich auch in der Diskussion die liberalen Herren aus, darunter in erster Linie Cuno-Hagen. Man kann schließlich getrennter Ansicht über die Mittelschule sein, aber jedenfalls nicht, wenn man sich zu liberalen Grundbegriffen bekennet, zu dieser Begründung. Aber die Signatur des heutigen Liberalismus wird damit richtig gegeben.

Der Ort des nächstjährigen Städtetages bleibt unbestimmt, der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Westliche Bedeutung wird der Städtetag mit seiner Devise: „Wasch mir den Pelz, doch mach ihn nicht naß“ nicht erlangen.

An die baugewerblichen Arbeiter,

wie Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Maler, Benschlosser und Klempner, Steinarbeiter und Steinmetze, Baufischer, Flei- scher, Fleischer, Sanktuer, Glaser, Dachdecker und Bil- dhauer im Bereich der rheinisch-westfälischen Bauwerks-Verufs- genossenschaft!

Werte Kollegen! Seit einer Reihe von Jahren ist die orga- nierte Bauarbeiterschaft Rheinland - Westfalens bestrebt ge- wesen, bessere Zustände hinsichtlich des Bauarbeiterschutzes an den Baustellen zu schaffen. Es mag hier und da etwas geschehen sein, im allgemeinen müssen wir aber sagen, die Zustände an den Baustellen spotten jeglicher Beschreibung. Wir sehen aber auch, daß in den Parlamenten die bürgerlichen Parteien durch- aus nicht für eine reichsgerichtliche Regelung des Bauarbeiter- schutzes zu haben sind; es wird bestritten, daß überhaupt Miß- stände auf Baustellen bestehen.

Zugleich muß aber auch konstatiert werden, daß in manchen Orten in den letzten Jahren nicht ein genügendes Zusammen- arbeiten der in Frage kommenden Organisationen zu verzeichnen war, um die Baustellen einmal auf Mißstände zu kontrollieren. Wir sehen deshalb, daß die Unfallziffern im Bereich der rheinisch- westfälischen Bauwerks-Verufs-Genossenschaft von Jahr zu Jahr steigen.

Dieser Zustand eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, war Pflicht der Organisationsleitungen. Eine Konferenz der Ge- meins. Bezirksleiter der in Frage kommenden Organisa- tionen beschloß deshalb, über die zurzeit bestehenden Mißstände genaue Erhebungen anzustellen und gleichzeitig zum

Sonntag, den 11. Juli 1909, vormittags 10 Uhr, nach Düsseldorf im Gewerkschaftshaus, Berger- straße 8, eine

Bauarbeiterschutts-Konferenz

mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

1. Die Mißstände im Hoch- und Tiefbauwesen im Bereich der rheinisch-westfälischen Bauwerks-Verufs-Genossenschaft. Referenten: H. Peters-Dortmund u. D. Buchel-Edln.
2. Die in Rheinland-Westfalen erlassenen baupolizei- lichen Vorschriften genügenden Schutz für die baugewerb- lichen Arbeiter? Referent: Fr. Kahl-Dortmund.
3. Die Forderung der baugewerblichen Arbeiter nach reichs- gesetzlicher Regelung des Bauarbeiterschutzes. Referent: G. Heine-Hamburg.
4. Erledigung der eingegangenen Anträge.

Berechtigt, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden, sind alle Zweigvereine, Verwaltungsstellen resp. Zahlstellen der Zentralverbände der oben genannten Verufe, sowie die für die einzelnen Orte bestehenden Bauarbeiterschuttskommissionen. Eine Anweisung über die Anzahl der Delegierten und Einteilung der Wahlbezirke wird den einzelnen Zweigvereinen resp. Zahlstellen von den Gau- oder Bezirksleitern zugeteilt werden und ersuchen wir, demgemäß zu handeln. Die Delegierten, welche sich durch Mandate auf der Konferenz zu legitimieren haben, werden er- sucht, rechtzeitig zu erscheinen, damit die Konferenz pünkt- lich eröffnet werden kann.

Die beauftragte Kommission.

H. Kanten, Düsseldorf, Lindenstraße 65.
Fr. Kahl, Dortmund, Lessingstraße 32.
H. Peters, Dortmund, Lessingstraße 32.

NB. Alle Anfragen bezüglich der Konferenz sind an H. Kanten, Düsseldorf, Lindenstraße 65, zu richten.

Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis

Lüdinghausen-Beckum-Warendorf.

Die Konferenz fand gestern, Sonntag, 13. Juni, in Ahten, im Lokale des Herrn Sandgathe, statt. Delegierte hatten ent- sandt folgende Orte: Ahten 4, Beckum 2, Delle 2, Warendorf 1, Ennigerloh 2, Vinnen-Nord 2, Beckum-Hövel 2, Beckum 2. Die Kreisleitung war vertreten durch Genossen Jordan, das Agitationskomitee durch Genossen Zentler und die Redaktion durch Genossen Schädlich. Außerdem waren anwesend die Genossen König-Dortmund vom Agitationskomitee für das westliche Westfalen, Umbreit für die Geschäftsleitung und Rottebohm für die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund, Klupp vom Sozialdemokratischen Verein für Dortmund-Hörde und Terrentrup für Hamm-Soest.

Genosse Jordan gab zum ersten Punkt der Tages- ordnung: „Die politische Entwicklung im Wahlkreis Lüding- hausen-Beckum-Warendorf unter besonderer Berücksichtigung der Reichstagswahl einen kurzen Rückblick über das Wachstum unserer Partei im Kreis. Eine Aufbringung von Geldmitteln ließ sich erst seit 1903 nachweisen. Es seien an Einnahmen inkl. der Kassenbestände zu verzeichnen gewesen in den Jahren 1904: 19,65 Mk., 1905: 147,57 Mk., 1906: 208,77 Mk., 1907: 415,64 Mk. und 1908: 917,32 Mk. Die Ausgaben betrugen 1904: 7,84 Mk., 1905: 58,85 Mk., 1906: 117 Mk., 1907: 217,25 Mk. und 1908: 621,02 Mk. Der Kassenbestand am Schluß des Jah- res 1908 betrug 296,30 Mk. Die Bewegung sei außer in Ahten eine wenig lebhaft. Die Genossen hätten sich leider noch nicht zur Abhaltung von regelmäßigen Besprechungen auf- schwingen können. Die meisten Ortsvertrauensleute hätten ihre Pflicht nicht voll getan und so wäre das Resultat der Wahl un- günstiger für uns, als wir gehofft hätten. Die Hoffnungen, daß durch die Herzogsandidatur ein nennenswerter Teil der Wäh- ler mehr für uns stimmen würde, haben sich nicht erfüllt. Er- schwert sei auch die Agitation dadurch, daß die Genossen in Vinnen dem Hamm-Soester Verein, und die Genossen von Beckum- Hövel dem Dortmund-Hörder Verein als Mitglieder angehörten. Es herrsche die Stimmung vor, entweder eine feste Organisation zu schaffen oder den Kreis dem Agitationsbezirk für das westliche Westfalen anzugliedern.

Genosse Zentler erklärte für das Agitationskomitee, wenn eine Angliederung des Wahlkreises an das westliche Westfalen vorgenommen werden sollte, wogegen wir uns nicht sträuben, dann müßten nach der ganzen geographischen Lage und wirt- schaftlichen Entwicklung auch die Kreise Münster-Gosfeld und Tecklenburg-Abbas-Burgsteinfurt dem westlichen Agitations- bezirk zugeteilt werden. Heute sei die Entscheidung aber ver- frucht. Genosse König-Dortmund erklärte, er sei, da der Bergbau immer mehr nach Osten und Norden in die genannten Kreise vordringe, auch für den Anschluß dieser beiden letzten Kreise an das Agitationskomitee für das westliche Westfalen. Der Anschluß für diesen Kreis könne aber schon heute beschlossen werden.

Nach ausgiebiger Diskussion wird mit geringer Majorität folgender Antrag angenommen:

Die anwesenden Delegierten erklären sich im Prinzip da- mit einverstanden, daß der Kreis dem Agitationsbezirk des westlichen Westfalens anzugliedern ist, und versprechen, in den demnächst stattfindenden Parteibesprechungen in diesem Sinne zu wirken.

Dann wird über den Ausbau der Organisation debattiert und mit 7 gegen 5 Stimmen beschlossen, die geschlossene Organisation im Kreis einzuführen. Einer Kommission von fünf Mitgliedern werden die nötigen Vorarbeiten aufgetragen. Zu dieser Kommission stellen Ahten, Neubekum, Ennigerloh, Vinnen und Beckum je 1 Mitglied. Auf der nächsten Konferenz soll dann ein Wahlkreisverein gegründet werden.

Über die Abtrennung der drei genannten Kreise werden noch die beiden Agitationskomitees unter Hinzuziehung des Parteivorstandes verhandeln.

* Siefer, 14. Juni. Soz. Verein. Die Bezirks- kassierer werden nochmals daran erinnert, daß bis zur nächsten Mitgliederversammlung unbedingt abgerechnet sein muß.

* Serford, 12. Juni. Einen Unfall erlitt der Geiger Krüger in dem Betriebe der Firma Poggendorf dadurch, daß er ausglitt und in ein Waffin fiel, das mit kochendem Wasser gefüllt war. Der Verletzte verbrühte sich hierbei die Beine. Der Unfall wäre vermieden worden, wenn an Stelle des Holz- deckels auf dem Waffin ein solcher von Eisen gewesen wäre.

* Serford, 12. Juni. Polizeibericht. Gefunden: 1 Fahrrad, Jagelaufen: 1 Hahn, 1 Huhn und 3 Hunde. Weitere Auskunft wird erteilt auf dem Rathause, Zimmer Nr. 1.

* Horn, 13. Juni. Die idyllische Ruhe, welche unsere gute Stadt bisher auszeichnete und die nur durch die Wahlen zum Landtage, zum Reichstage und zum Stadtparlament etwas gestört wurde, ist zurzeit aufs größte gestört. Zwar sind es dies- mal nicht die Wahlen, die eifrig auf den Bier- und sonstigen Bänken diskutiert werden, sondern ein industrielles Un- ternehmen, welches in Horn errichtet werden soll, hat den Feuerbrand der Zwietracht in die Bevölkerung geworfen! Mit großem Eifer strebt der größte Teil der Bevölkerung Horns danach, mit der Zeit zu gehen. Man war daher nicht wenig erfreut, als sich eine Gesellschaft mit der Stadt in Ver- bindung setzte, um eine große Straminfabrik, die unge- fähr 300 Arbeiter beschäftigen soll, zu errichten. Die Unter- handlungen gediehen auch so weit, daß an die Gesellschaft eine Grundfläche in Größe von über 6 Hektar verkauft werden sollte, der Preis wurde pro Quadratmeter mit einem Pfennig be- rechnet. Die kaiserliche Regierung erteilte auch dem Verkauf ihre Genehmigung. In letzter Zeit aber stellte sich eine Gegen- strömung gegen das Projekt ein und zwar sind es 56 Männlein und Weiblein, die heftig gegen den Fabrikbau loswettern. Sie machen in einer Eingabe an die Stadtverordneten geltend, daß die Unternehmer der Fabrikanlage katholisch seien und daß diese selbstverständlich in der Fabrik nur Glaubensgenossen beschäf- tigen würden. Da in Horn nun aber nicht so viel Katholiken vorhanden wären, so würden die Arbeitskräfte aus rein katho- lischen Gegenden bezogen. Diese Vermischung des evangelischen Elements mit dem katholischen macht die Petenten grübeln! Auch führen sie ins Feld, daß dann notgedrungen für den Nachschub der katholischen Arbeiterkraft eine eigene Schule auf Stadtko- sten errichtet werden müsse! Ferner zwingt die unbedingte eintretende Unsicherheit den friedliebenden Bürger, ständig einen Revolver bei sich zu tragen. Diese Petition war nun der Kunde, der in das Pulverfaß schlug. Eine von über 200 Bür- gern besuchte Versammlung nahm die Petenten und deren Be- wegründe ganz gehörig vor und richtete gleichzeitig an den Magistrat das Ersuchen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Fabrik in Horn errichtet werde. In der auf die Versamm- lung der Bürger folgenden Stadtvorordnetenversammlung, in welcher die Petition der Fabrikgegner verlesen wurde, wurde diese mit starken Mißfallensäußerungen begleitet. 11 Stadt- vorordnete — das Hornische Stadtparlament zählt 12 Stadtväter — stimmten für den Verkauf der Fläche und zwar soll der Preis pro Quadratmeter 1 Pfennig betragen. Der übrige Teil der Stadtvorordnete stimmte dem Magistratsantrage zu, welcher 12 Pfg. pro Quadratmeter fordert.

Arbeiter! Genossen!

Es ist Parteipflicht für jeden Genossen, energisch und unab- lässig für die „Vollmacht“ Abonnenten zu werden. Jetzt ist eine besonders günstige und erfolgversprechende Zeit für diese Tätig- keit. Tue jeder seine Pflicht, den Gegnern zum Trub, dem kämpfenden Proletariat zu Ruh.

Auf zur Agitation für die Arbeiterpresse!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sack, für den Inseratenteil: Wilhelm Wüthrich, beide in Bielefeld.

Beachten
Sie unser
heutiges
Angebot!



Der

Räumungs-Verkauf

Besichtigen
Sie unsere
Schaufenster-
Auslagen!



wegen Umänderung unserer Firma in eine **Kommandit-Gesellschaft** und **bevorstehender Inventur** dauert nur noch diese Woche.

Um unsere Läger bis dahin noch ganz bedeutend zu räumen, veranstalten wir noch eine

Grosse Räumungs-Woche

welche alles bisher Gebotene in jeder Weise übertrifft.

1 Posten
10000 Mtr. Musseline, imit. nur letzte Neuheiten.
Serie I **19** Serie II **28** Serie III **38**
Wert bis 75

1 Posten ca. Wert bis 1.50
2000 Mtr. reinwollene Musseline nur mod. Muster
Serie I **58** Serie II **78** Serie III **95**

1 Posten Wert bis 1.25
Damen-Handschuhe lang und kurz, mit und ohne Finger in schwarz, weiss und farbig
Serie I **18** Serie II **28** Serie III **48**

1 Posten 1 Restbestand besserer
la. Schweiss-Socken anerkannt gute Qualität **39**
Wert bis 75 jedes Paar
Sonnen-Schirme Serie I **300** Serie II **495**
Wert bis 15.00

Wegen Aufgabe unserer Abteilung **Damen-Putz**
verkaufen wir sämtliche **Damen-Hüte**, **Damen-Hutformen**, **Federn**, **Blumen**, **Chiffon**, **Bänder** und **Agraffen** zu unglaublich billigen Preisen.

1 Posten
Weisse Batist-Blusen mit hocheleg. Stickerei
Serie I **195** Serie II **375** Serie III **650**

1 Posten
engl. Damen-Paletots Früherer Wert bis 25 Mk.
jetzt Ser. I **1250** Ser. II **850** Ser. III **350**

1 Posten Wert bis 2.00
Damen-Strümpfe in Flor und Kaschmir und geringelt ohne Naht, englisch lang
Serie I **35** Serie II **58** Serie III **95**

1 Posten
Damen-Waschröcke zum Aussuchen **95**

1 Posten
Kinder-Kleidchen Wert bis 7 Mk. in Leinen, Piqué, Waschstoffen
Ser. I **95** Ser. II **195** Ser. III **295**

1 Posten zurückgesetzte
Damen-Blusen in Waschstoffen u. Musseline
Serie I **450** Serie II **275** Serie III **50**

1 Posten
Feston-Untertailen mit Banddurchzug **68**
Wert 1.25

Als ganz besonders vorteilhaft ausgestellt
1 Posten garnierte
Damen-Hüte
Wert bis 10.00 Serie I **195** Serie II **295** Serie III **425**

1 Posten Tüll-Durchsätze Spachtel-Durchsätze Wert bis 50 Pfg. jeder 18 Meter	1 Posten Tüll- und Spachtelstoffe Wert bis 3.00 jeder 48 Meter	1 Posten Tüll-Garnituren 3 teilig 95	1 Posten Barmer Feston 30 Mtr. Stück 95	1 Posten Türkische Borden Stek. 5-15 Mtr. lang, nur 95	1 Posten Tennis-Stoffe Wert bis 85 jeder 48 Meter	1 Posten Läuferstoff-Reste nur gute Qualitäten 48 Meter	1 Posten Schürzen-Reste prima Blandruck sonst bis 1.00 jeder 55 Meter	1 Posten Elsäss. Hemdentuch 80 cm Ia. Qualit. Wert bis 45 jeder 28 Meter
---	--	---	--	---	---	---	---	---

1 grosser Posten **Teppiche** mit kleinen Webefehlern, in Tournay, Velour, Brüssel, Velvet, Tapestry, Axminster.
Grösse 200/300 cm Wert bis 135⁰⁰ jetzt **75⁰⁰** **58⁰⁰** **36⁰⁰** **28⁰⁰**
Grösse 165/235 cm Wert bis 50⁰⁰ jetzt **28⁰⁰** **22⁰⁰** **18⁰⁰** **13⁵⁰**

Gebrüder Kaufmann

Niedernstrasse 13.

BIELEFELD.

Gegenüber der Altstädter Kirche.

3276

Nr. 135

6. Gen
Verbande

(Anber. Nachr. v.
Der 6. ordentl.
Deutscher Consum
Sigung, in der d
nosenschaftsbundes
gaben und Ziele i
öffnet. Der Genos
lich wiederkehrend
mit einigen Frage
allgemeines Inter
schaftlichen Berieh
amtes und vor al
Frage der Produz
auf der Tagesordn
ausführlicher Ber
Kaufmann-Hambur
Deutscher Consum
ein dices Buch von
Wirtschaftsleben
Standpunkte aus.
im Zeichen der Sri
Entwicklung der St
Zum Ausdruck kam
wohnte Zunahme d
Umfang überhaupt
Konjunktur von War
minderer Qualität
tralverband Deut
Genossenschaften an
Genossenschaften od
dieser Genossenscha
10,2 Proz. Der L
gegen den Vorwur
fahrungen und die
kratischen Partei
vereine veranlaßt
Gerichte in Anspri
fällen gelungen, ei
ren terroristischen
sich nach dem Ver
zu manchen Konju
Unterstützung sozial
fache aber werde d
bewegung geführt
Kreise, die in den
hin gehören vor alle
und die Rabattpar
sucht, den Beamten
verbieten, zumal i
reichenden Gehalts
auskömmlich zu le
dann mit der Stel
nosenschaftsbewegu
tischen Parteien z
und zur Konjunkt
allgemeinen könne
das Streben nach
Tagegen ständen di
bewegung der Arm
über, ja die anti
Bekämpfung der S
wirte nähmen ein
ein. Die Stellung
Zentrum scheine
eine durch Steuern

Verk

Ma so überaj
mittags an der
Alle mit großer
Wir müssen d
Herr Doktor, beg
recht beglücklich
eingewohnt.
Den unvermeid
den Blick im Krei
die Unruhe Trolle
„Sie brauchen kei
mächtiger meiner
Aus seinen zu
beres, was Trolle
wagte er aber nich
„Sie werden d
geht's doch los mi
in Ihrer Heimat
„Hier bleiben,
wahre, weil er de
„So. Dann m
Ich zahle Ihnen
Sie mir meine Br
zu haben haben
lange Rechtsanwalt
wurde mir erzählt,
gepumpt und dam
Vertretung vor Ge
kommen.“
Er schien gut g
und benahm sich,
wenn er einen im
„Sie könnten
die Sache hier du
Altentfied aus der
Horderung, die ich
zu holen. Nun h
kerl, daß alles je
Anter Verwandten

gründung gegen die christlichen Gewerkschaften, deren organisatorischen Prinzipien er ja direkt ins Gesicht schlägt. Daß auch die Dienstboten in Bayern das Recht besitzen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, haben die christlichen Gewerkschaften schon wiederholt betont. Wir sind nun neugierig, wie sie eine christliche Dienstboten-Organisation beurteilen, an deren Leitung Arbeitgeber und Geistlicher tatungsgemäß teilnehmen müssen. Bisher hat es noch kein christlicher Gewerkschaftsführer gewagt, sich zu diesem Punkte zu äußern.

Die Aussperrung der Holzarbeiter in Rheinland-Westfalen scheint durch Abschließung von Ortsverträgen langsam ihrem Ende entgegenzugehen. Einer der Ortsverträge ist unter für die Arbeiter annehmbaren Bedingungen am Freitag in Gelsenkirchen zwischen den Parteien abgeschlossen worden. Danach tritt eine Lohnzulage von 2 Pfg. pro Stunde sofort ein, ferner wurde die wöchentliche 58stündige Arbeitszeit eingeführt. Spätestens am 1. Juli 1910 muß die 9½stündige Arbeitszeit eingeführt sein. Zu gleicher Zeit tritt von da ab eine Lohnzulage von 3 Pfg. ein. Mit dem 1. Januar 1911 hat eine weitere Lohnzulage von 1 Pfg. und am 1. Januar 1912 wiederum eine solche von 1 Pfg. zu erfolgen. Der Vertrag läuft bis 1912 und gilt für die Großstadt Gelsenkirchen und die Bezirke Rottkirchen und Wanne-Eickel. Noch vor einigen Tagen redete man von einer allgemeinen Aussperrung.

Der Verbandstag der Transportarbeiter beschloß, mit den Verbänden der Seelente und Hafenarbeiter aufs neue in Unterhandlungen betreffs Verschmelzung der drei Verbände einzutreten. Wegen der schwebenden Differenzen soll die Generalkommission eventuell als Schiedsrichter angerufen werden.

Der Ausstand der holländischen Arbeiter in Kiel zieht weitere Kreise. Die streikenden Arbeiter haben Freitag vormittag in einer Versammlung beschlossen, daß alle noch in den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken Beschäftigten, außerdem die Außenarbeiter der Licht- und Wasserwerke und die in der Müllverbrennungsanstalt und der Poudrettsfabrik beschäftigten Arbeiter ihre im Ausstand befindlichen Kollegen durch Arbeitsniederlegung unterstützen sollen.

Freitag morgen sind wieder 60 Arbeitswillige eingetroffen. Die „freisinnige“ „Kieler Zeitung“ weist schon darauf hin, daß im Falle dringender Not die städtische Verwaltung zwecks Aufrechterhaltung des Betriebes der Wasser- und Lichtwerke die Marineverwaltung um ihre Unterstützung bitten wird.

Die ausländischen Kammergarnspinner in Mülhausen i. Elsaß haben den Fabrikanten jetzt für alle Betriebe, in denen gestrickt wird, auch eigene Forderungen präsentiert: Die wöchentliche Lohnzahlung an Stelle der jetzt 14tägigen, die Erhöhung des Anseherlohnes für alle Anseher ohne Rücksicht auf die Zeit der Beschäftigung im Betriebe auf 75 Prozent des Spinnerlohnes, bessere Lohnkontrolle beim Abwiegen der geleisteten Arbeit, Einführung von Arbeiterausschüssen. Auf den Vorschlag des Streikkomitees, daß das Syndikat der Kammergarnindustriellen direkt mit den Vertretern des Deutschen und des Christlichen Textilarbeiterverbandes zur Beilegung des Konflikts in Unterhandlung treten mögen, haben die Fabrikanten noch nicht geantwortet. Einer der Fabrikanten, dessen Fabrik draußen in einem Vororte steht, läßt die Arbeiterinnen, die noch nicht in den Ausstand getreten sind, durch Extrazüge der Straßenbahn von der Stadt abholen und nach Schluß der Arbeit wieder in die Stadt bringen; auch läßt er den Leuten, die in der Fabrik speisen wollen, ein sogenanntes Mittagessen für 25 Pfg. in der Fabrik verabreichen. In der Unternehmerrasse wird angekündigt, daß die Fabrikanten am Montag, 14. d. M., wenn bis dahin von den Spinnern und Ansehern die Arbeit nicht aufgenommen sei, die Betriebe auch für das übrige Personal schließen würden, wodurch die Zahl der Ausländigen und Ausgesperrten auf circa 5000 steigen würde, wovon ungefähr beschäftigten die 5 Mülhausener Kammergarnspinnereien. Die Zahl der Streikenden schwankt jetzt seit 5 Tagen um 1000 herum.

Achtung, Dachbeder! In Eberswalde befinden sich die Dachbeder bei den Firmen E. Jakob und P. Falkenhahn im Ausstand, weil die Firma Jakob den durch Unterschrift anerkannten Tarif nicht einhält, und die Firma Falkenhahn den Tarif nicht anerkennt. Zugang nach Eberswalde ist deshalb fernzuhalten.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki Stilllegung von Koksöfen. Am 14. Juni findet eine Besenbesitzerversammlung statt, die die Höhe der Einschränkung

ausgestellt hatte. Die drei Jahre waren längst vorüber, und so hatte Trola fast garnicht mehr daran gedacht. Nun nahm er sie doch mit Dank von ihm und freute sich, durch die Auslieferung den besten Beweis zu bekommen, daß Artur sich wirklich rangiert haben müsse.

Dantelberg konnte ohne Schaden den Großmütigen spielen. Er hatte erreicht, was er wollte: Trola hatte Emmy geheiratet. Darum war es ihm hauptsächlich zu tun gewesen. Von durchtriebener Schlaueit, sagte er sich, daß er seinem Schwiegerjohn viel von dem Mißtrauen gegen ihn nehmen werde, wenn er sich plötzlich von dieser Seite geige.

„Man wird manchmal verkannt, Herr Doktor,“ sagte er und ging.

Schon wollte Trola das Schriftstück zerreißen, als er sich wieder besann und es in seinen Schreibtisch legte. Vielleicht konnte es ihm doch noch einmal als Beweis für seines Lebens Drangsal dienen.

Nach fünf Monaten hatte er glücklich sein Staatsexamen bestanden, und drei Wochen später war er in die Riste der Rechtsanwalts eingetragenen worden.

Nun hatte er den großen Tag seines Lebens erreicht!

Emmy freute sich wie ein Kind, Frau Dantelberg konnte ihm eine wertvolle goldene Uhr, und der Alte sandte ihm durch Güte eine Stammschuppe mit silbernem Deckel, den Trola einige Augenblicke musterte, dann aber seiner Frau überließ, die seine Gedanken erriet und deshalb das Glas mittags nicht auf den Tisch brachte.

Er hatte sich in der Friedrichstadt ein Bureau gemietet, es mit Hilfe der Schwiegermutter sehr hübsch ausgestattet, und wartete nun auf die Klienten, die ihn in Anspruch nehmen würden.

Der Bureauvorsteher und die Schreibgehilfen hatten vorläufig nicht viel zu tun, prüften die Federn und sprangen nach jedem Klingelzeichen erschrocken in die Höhe. Als dann aber die erste Besucherin kam (es war ein junges Mädchen, das an einen Verwandten einen Anspruch von zehn Mark zu haben glaubte), wurde das als ein Ereignis betrachtet, das der Bureauvorsteher, ein wipiger, unehelicher Mann, sofort symbolisch auslegte.

Junge Mädchen brachten immer Glück. Das wisse er von seinem Bruder, der ein kleines Posamentiergeschäft habe und dessen erste Käuferin eine sechzehnjährige Blondine gewesen sei.

Trola, der als neugeborener Anwalt allen Anregungen zugänglich war, nahm diese Bemerkung seines Untergebenen gnädig auf und warf sich mit Feuer auf die Sache, deren Mühe mit den zu erwartenden Gebühren in keinem Verhältnis stand. Bevor er des Abends, nach Schluß des Bureau, die Schritte

für die Monate Juli und August beschließen soll. Bisher bestand für die dem Kohlenyndikat angeschlossenen Werke eine Einschränkung von 40 Prozent für Koks, je 20 Prozent für Kohlen und Bricketts. Die Abgabehälften in Koks haben sich weiter verschlechtert, für Mai nahm das Kohlenyndikat den Koksereien infolge der zahlreichen Aufbestellungen statt der festgelegten 60 Prozent nur 56 Prozent ab. Die Situation hat sich so gestaltet, daß eine weitere Einschränkung für Koks in Frage kam. Das Kohlenyndikat will nun, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, eine weitere Koksbeschränkung dadurch umgehen, daß es die Koksereien ohne Nebenproduktengewinnung, die auf Koksagale zur Kesselheizung nicht unbedingt angewiesen sind, veranlaßt, die Koksbeiträge ganz oder teilweise stillzulegen. Dies soll auf „Bonifacius“, wo die Koksbevorräte sehr groß sind, bereits geschehen sein. Nach dem Jahresbericht des Kohlenyndikats ist der Koksverkauf 1908 gegen das Vorjahr um 3 155 000 Tonnen zurückgegangen, dieser große Gesamtrückgang entfiel ausschließlich auf die reinen Koks. Die Hüttenwerke waren dagegen in der Lage, ihre Koksproduktion in ihren Hüttenwerken zu verwenden. Da sie von den Marktpreisen des Kohlenyndikats, in dem sie den entscheidenden Einfluß ausüben, unabhängig sind, konnten sie die stark zurückgegangenen Kokspreise naturgemäß viel leichter extrahieren als die reinen Hüttenwerke, die ihren Koksbedarf zu den hohen Syndikatspreisen kaufen müssen. Bis zum 1. Oktober gellen die ab 1. Januar 1909 festgesetzten Kokspreise. Nach der bisherigen Praxis des Syndikats dürfte mit der durchaus notwendigen Ermäßigung der Preise kaum zu rechnen sein, obwohl auch eine Reihe von reinen Koksereien eine Preisermäßigung eintreten soll. Von den reinen Hüttenwerken wird die Preisherabsetzung mit Entschiedenheit gefordert, um sich gegenüber der Konkurrenz der Hüttenwerke auf dem Koksmarkt behaupten zu können; darin liegt für die Hüttenwerke der Grund, diesem Verlangen nicht entgegenzukommen. Koksbevorräte von Koks sind anehäufte, in der Kohlen- und Eisenindustrie hat sich in den letzten Wochen statt der Besserung eher eine Verschlechterung durchgesetzt, aber die von den Trübsbetrieben beherrschten Syndikatspreise keine Rücksichtnahme auf die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen des Landes; sie wissen, daß ihre Politik eine Erhöhung von den Krisenwirkungen aufhält, doch wichtiger als alles ist ihnen die Erweiterung der Macht der arden gemischten Betriebe, gleichviel welche Schäden dem Wirtschaftslieben erwachsen.

Soziales.

ss. Erfolge im Kampfe gegen die Tuberkulose. Interessante Mitteilungen über Erfolge im Kampfe gegen die Tuberkulose macht der Medizinalrat Dr. Schlepental aus Aachen im dritten und vierten Heft des „Zentralblattes für allgemeine Gesundheitspflege“. Im Regierungsbezirk Aachen wurden im Jahre 1890, in dem das den allgemeinen Kampf einleitende Gutachten der wissenschaftlichen Deputation erstattet wurde, 1895 Tuberkulose-Todesfälle gezählt; auf 10 000 Lebende starben danach 34,03 an Tuberkulose. Diese Ziffer überschritt die für das Königreich Preußen mit 28,11 berechnete Tuberkulose-Sterblichkeit um fast 25 Prozent. Die Bevölkerung im Aachener Regierungsbezirk hat sich nun von 1890 bis 1906 um 13,08 Prozent vermehrt. Bei einer gleichen Vermehrung der Schwindsuchtsfälle hätte der Bezirk 1906 nicht weniger als 2215 Opfer der Tuberkulose zählen müssen; tatsächlich aber waren es nur 1084, also nur etwa die Hälfte. Diese Erfolge führt Dr. Schlepental auf den seit 1890 planmäßig gegen die Tuberkulose geführten Kampf, auf die Aufklärung, Wohnungsverbesserung, Desinfektion der Wohnungen, Suppenanstalten, Versorgung der Schulkinde mit frischer Luft und trockenem Schuhwerk, auf bessere Krankenpflege, die Pflegeanstalten für Tuberkulose usw. zurück. Der erwähnte Arzt teilt ferner mit, daß sich auch in den Krankenheuern heute relativ nur die Hälfte der Tuberkulosekranken befinden wie im Jahre 1890, was gleichfalls den Rückgang der Krankheit dokumentiert. Auch die Sterblichkeit der Anstaltskranke (im Krankenhaus) geht stark zurück. Während in den ersten Jahren die Sterblichkeit 33,3 Prozent betrug, hat sie sich im Jahre 1908 nur noch auf 20 Prozent belaufen; sie hat sich also um 39,9 Prozent vermindert. „Dank den vielseitigen Bemühungen,“ meint dieser Arzt, „dieser Volksleide zu wehren, bleiben also jetzt innerhalb des Regierungsbezirks Aachen jährlich 1000 und davon in den Krankenanstalten 100 Menschen mehr am Leben, die nach früherem Maßstabe dem Tode an Tuberkulose geweiht gewesen wären!“

Kleines Feuilleton.

Eine Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft hat sich am 16. Mai d. J. zu München durch Zusammenwirken einer größeren Anzahl angesehener Fachgelehrter konstituiert. Die neue Gesellschaft untersteht sich von ähnlichen wissenschaftlichen Gesellschaften vorteilhaft dadurch, daß sie ihre Tätigkeit nicht auf die Fachkreise beschränkt, sondern naturwissenschaftliche Kenntnisse durch die besten Kräfte in die weitesten Kreise unseres Volks tragen will. Demgemäß lautet der Hauptzweck ihrer Satzung:

„Die Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft (D. N. G.) will alle wissenschaftlichen Bestrebungen fördern, die auf den Ausbau der Entwicklungslehre im weitesten Sinne gerichtet sind, außerdem die neuen Ergründungen der Naturforschung in adäquater und gemeinverständlicher Weise in die weitesten Kreise tragen. Sie verpflichtet jedoch ihre Mitglieder gemäß dem Geist der Satzung auf keine bestimmte Aufzählung.“

Die neue Gesellschaft gewann bereits eine große Anzahl angehender, wissenschaftlicher und schriftstellerischer Kräfte als Mitarbeiter, wir erwähnen nur Dr. E. W. Heideberg (Präsident), W. Boelsche-Friedrichshagen, Prof. Dr. Deegener (Berlin), Prof. Dr. Doelter (Bonn), R. R. France-München, Prof. Dr. Heine-Münch, Prof. Dr. Hübner-Berlin, Dr. O. Kohnstamm-Königsberg, Prof. Dr. W. Man-Straßburg, Prof. Dr. W. Moß-Bonn, Prof. Dr. A. Wagner-Bonn und u. a. und verfügt von Beginn an über außerordentliche Mittel. Deshalb wird ihre Wirksamkeit bald fühlbar und lehrreich werden. Sie plant zunächst die Herausgabe einer Zeitschrift und verschiedener anderer Publikationen, die in dem naturwissenschaftlichen Verlag Leopold Thomas-Berlin, Nr. 13, erscheinen werden, der

Kirche und Schule.

Alkoholfreie Jugendberziehung ist jetzt eine von allen Erziehern und Vätern, die sich näher mit der Frage beschäftigen, einstimmig erhobene Forderung, die auch mehr und mehr ihrer Verwirklichung entgegengeht. Neben der eingehenden Belehrung über die Gefahren des Alkohols ist ein Hauptweg zu jenem Ziel entsprechende Erziehung und Gewöhnung. Einen wichtigen Schritt auf dieser Linie stellt ein Erlaß dar, den jenseits der württembergischen Ministerialabteilung für die höheren Schulen herausgegeben hat: ein Verbot alkoholischer Getränke bei Schulausflügen und Schulfesten, dem wir wörtlich entnehmen: „Da feststeht, daß für das jugendliche Alter, mindestens bis zum 15. Lebensjahre, der Genuß von Alkohol schädlich wirkt, wird auf Anregung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens bestimmt, daß bei Schulausflügen irgend welcher Art, die mit Schülern von Elementarschulen und von Unter- und Mittelschulen höherer Schulen unter Leitung von Lehrern oder Lehrerinnen veranstaltet werden, alkoholische Getränke (einschl. Obstmost) in keinerlei Form zugelassen werden dürfen. Dasselbe gilt für Schul- und Kinderfeste. . . . Bei allen diesen Gelegenheiten haben die leitenden und ausführenden Lehrer die Pflicht, vorher dafür besorgt zu sein, daß da, wo Erfrischungen genommen werden, soweit gewöhnliches Trinkwasser nicht zu genügen scheint, geeignete und gute alkoholfreie Getränke bereitgehalten werden, besonders Milch, natürliche Mineralwasser (etwa mit Fruchtzucker), Limonade (natürliche oder künstliche). . . . Die Schulausflüge und Studienmissionen werden beauftragt, über die Durchführung streng und sorgfältig zu wachen.“

Gerichtliches.

Die Revision des Referendars v. Zigel, der seinerzeit zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er in Dranienburg einen Maurermeister angereizt und über den Haufen geschossen hatte, wurde vom Reichsgericht verworfen. Der Verteidiger Zigel und Maximilian Hardten machen bekanntlich in der „Zukunft“ schon seit einiger Zeit Stimmung für eine Gnadigung des Totschlägers.

Vermischtes.

Vom Dach gestürzt. Magdeburg, 13. Juni. Der Dachbedermeister Hermann Wille wurde bei Verbesserungsarbeiten an einem Dache von seinem mitarbeitenden Sohne, der sich in der Gefahr, abzufallen, an ihn klammerte, mit in die Tiefe gerissen, brach das Genick und war sofort tot. Der Sohn ist nur leicht verletzt.

Vom Blitz getroffen. Ebersburg, 13. Juni. Gestern abend ging über das Altenburger Komitat ein furchtbares Unwetter nieder. Der Blitz schlug in eine Kolonne von 64 Landarbeitern, wovon 5 getötet wurden; die übrigen blieben funkenlang bewußtlos.

Großfeuer. Petersburg, 13. Juni. Ein großes Schadenfeuer wütet auf der Petersburger Güterstation der Nikolaibahn. Alle Feuerwehrkommandos von Petersburg sind auf dem Brandplatz tätig. Wie verlautet, soll das Feuer angelegt sein, um Mißbräuche und Unregelmäßigkeiten zu vertuschen.

Das „Widelfind“ der Schmugglerin. Einem neuen Schmugglertrick ist die Wiener Polizei auf die Spur gekommen. In den ungarischen Forsten wurden in letzter Zeit Rebhühner in großen Mengen gestohlen. Die Nachforschungen ergaben, daß die Eier nach Wien gebracht wurden. Die Eier wurden in der Kaiserstadt an der Donau verkauft und von den Händlern an Bräutereien abgegeben, wo sie ausgebrütet wurden. Dadurch wurde auch die Marktlage beeinflusst, und es tauchten Rebhühner auf dem Wiener Platz zu enorm billigen Preisen auf. Der Schaden, der an dem Federwildstand in den ungarischen Forsten angerichtet wurde, war groß. Vorgefunden bemerkten die auf dem Nordbahnhof in Wien stationierten Polizeibeamten zwei slowakische Bäuerinnen in ihrem Nationalkostüm. Sie waren eben aus dem Zug gestiegen, und jede von ihnen trug ein Widelfind im Arm. Die passierten anstandslos die Kontrolle und die Finanzwache. Den Polizeibeamten kamen die Slowakinnen, die sich schon umhingen, verdächtig vor. Sie beobachteten, daß die Bäuerinnen in ein Haus in der Novaragasse traten. Die Agenten ermittelten bald den Aufenthalt der beiden, und als sie in die Wohnung eintraten, sahen sie nur ein Widelfind, das durch Weinen seine Existenz bewies. Das zweite Widelfind war verschwunden. Dafür fand man einen ausgestopften Säugling, dessen Kopf abnehmbar war. Die Polizeibeamten untersuchten den sonderbaren Säugling näher und zerlegten den sorgfältig mit Widelfind amwundenen Körper des

Kindes“. Das Rebhühnerweibchen geigelt, in den den waren.

Im Haupt den Nachforsch der Ermordung Palermo ange Hauptneft der zu entdecken. darüber: Die namens Lima schäften auffa „Schwarzen S amerikanische S die Verhaftun zur Verhaftu führen, der am gefundenen B Briefverkehrs die Mitglieder Opfern.

Die Weisen Zeitung“ vom nzipium des rrien bestehend zu Rate: über Lönen wurde d beöbölterung auf diesem sich nach vielen kinder familien id system Schul der Lebensmit unterhalts für sind, die Arbe Landes seit 3 manens eheliche Großen des K solch bedemjan Verwaltung, d politischen Kri tigen Fragen höheren Kreise den nicht gelüf keine fehlendes söhne. Wohl Bewohner über Prozentjah an nehmen und d Baranya aber eine Petition Kinde gefagnet und die kinder belasten, für f gehen. Ob wo Wunsch der A daß jede brave kution für der und so viele K aus journalist hange Sorge Reichstagsfin Baranya entz vorlage beglüt

An der si haben Freitag funden, die un Pa r i s, und Nogues n angerichtete E sämtliche Woh

K Vol

Gelegentlich der

Der kleine

Eine betrogene e eheliche Heim. bei einer Bergru rotet und so je er die verloren

Somme

(Brinkhof)

Montag,

Anfan

Novität! Zum

Liebes

Schwant in 3

Dienstag,

Anfan

Sie we

Stadt. C

Dienstag,

abende

Großes G

im Sote

Vorverkaufstic tigkeit. An de

Die An

die Referinnen i wach! beachte

